

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatens 30 Pfg. für die gespaltene Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 47.

Sonnabend, den 23. November 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Neben alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unternimmt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Erfurt: Werkplätz Walter u. Merkel. Jena: Konradus. Dresden: Brückenbau, die Firmen Dyckerhoff und Widmann sowie Holzmann u. Komp. Schmalkalden: Steinbruch Peter. Drottterode: Platz Trogner.

Meißen. Bei Köhler dauert die Aussperrung fort. Die Streikbrecher-Agenten sind insbesondere in Österreich-Ungarn unermüdet tätig. Den Aussperrten gelang es, am 9. Nov. 21 Ungarn, welche bei K. arbeiteten, wieder abzuschleppen, dergleichen konnte weiterer Zugang von Ungarn verhindert werden. Besonders die böhmischen Orte Kleinzell, Nieder Ugersdorf, Bodenbach und Kasdorf wurden von den Köhlerischen Agenten wiederholt besucht, um Steinarbeiter zu gewinnen. Wie uns gemeldet wird, wollen aus Ströbel (Schleisien) etliche dort zugewandene Steinarbeiter in Meißen Arbeitswilligendienst leisten. Die Ströbeler Steinarbeiter, die sich während ihres neunwöchigen Kampfes im letzten Sommer so musterhaft schlugen, sind über das provokatorische Benehmen der böhmischen Steinarbeiter äußerst empört.

In **Seilau**, Post Waldmühle (Hessen-Rassau), schafften 80 Ungarn, ein Teil davon sollte nach Meißen abfahren, es konnte dies aber noch verhindert werden.

Wie man sieht, sollen jetzt die „Ausländer“ die Köhlerischen Betriebe füllen und aufrecht erhalten. Doch Köhler wird noch managen Tour von seinen Agenten unsonst machen lassen müssen.

Kollegen, meidet jeden Zugang nach Meißen. Köhler hat damals 250 Steinarbeiter ausgesperrt, mag er jetzt auch die Folgen tragen.

Eine Depesche aus **Mauthausen** (Oberösterreich) meldet: Der Agent Girizhner fuhr mit 10 Mann nach Meißen ab. Für die hiesige Arbeiterschaft ist es eine Schande, daß diese paar Mann den deutschen Kollegen in den Rücken fallen.

Zweibrücken. Winterlohn bezahlt jetzt unter Tarif; die Stundenlöhne wurden um 6—8 Pfg. reduziert.

Königsutter. Die hiesigen Kollegen stehen schon seit Wochen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Königsbrück. Granitarbeiter haben nach hier Zugang fernzuhalten. Die Unternehmer weigerten sich, mit unseren Kollegen einen Tarifvertrag abzuschließen.

Maulbronn (Württemberg). Bei Burrer wurden 21 Kollegen angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Meist sind Verbandsmitglieder und Vorstandspersonen von diesem freundschaftlichen Unternehmertum betroffen.

Groß-Gartmannsdorf. Das hiesige Kalkwerk ist gesperrt. Den Kollegen wird die Ausübung des Koalitionsrechtes von der Betriebsleitung unmöglich gemacht. Zugang ist zu unterlassen.

Keffelsdorf. Zahlstelle Radwitz. Die Steinarbeiter haben bei Weijer Neumann wegen Nichterhaltung des Tarifs die Arbeit eingestellt. Festgestellt sei noch, daß Neumann von den Steinarbeitern „schrill“ verlangte, bei den anzufertigenden Architravstücken den Tarif außer Kraft treten zu lassen.

Kaiserlautern. Der Unternehmer Krödel mutet den Kollegen zu, bedeutend unter Tarif zu arbeiten. Die Arbeit wurde wegen Tarifbruch eingestellt.

Posta. Im Granitwerke von Auerwald in Lohmen wurden eine Anzahl Kollegen gemäßigert, weil sie unserem Verbands beigetreten sind. Wir bitten daher jeden Zugang von Arbeitskräften fernzuhalten.

Vorrecht für Bildung und Besitz.

Die Arbeiterschaft hat in Preußen-Deutschland schon in der allernächsten Zeit mit recht wichtigen wirtschaftlichen und politischen Faktoren zu rechnen. Wirtschaftlich dadurch, daß die Konjunktur sich in absteigender Linie bewegt, indem für die Arbeiterschaft eine höchst traurige Zeit hereinzubrechen droht; in politischer Beziehung frohlockt die Reaktion, insbesondere in Preußen und Sachsen, daß den Arbeitern zu den Landtagswahlen das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht auch in Zukunft nicht gewährt werden wird.

Offen sprechen es die Junker und auch „angebliche“ Liberale aus, daß den Massen des arbeitenden Volkes das allgemeine Wahlrecht zu den Landtagen nicht zukomme, daß es geknüpft werden müsse an „Bildung und Besitz“. Nicht genug, daß sich der große Besitz, der Reichtum, bilden und vermehren kann durch gesetzlich anerkannte und geschützte permanente Ausbeutung und Vercraubung der arbeitenden Armut — er fordert auch noch obendrein, mit politischen Vorrechten vor dieser Armut ausgestattet zu werden, um sie sich desto sicherer untertan zu erhalten.

Es gibt keine Annahme, die verrückter und niederträchtiger ist, wie diese. Der Besitz! Was beweist er für den Wert des Menschen, des Staatsbürgers? Der gewissenloseste Gauner und Ausbeuter bringt es am sichersten zum größten Besitz; er muß nur verstehen, bei seinem Bereicherungsgeschäft die Kollision mit dem Strafgesetz zu vermeiden, und er ist ein geachteter Mann. Wägen gleich Schweiß, Blut und Tränen Tausender mißhandelter, ausgebeuteter, elender Menschenkinder an seinen Millionen haften, daran nimmt die herrschende Geldsackmoral keinen Anstoß. Mag der Reichtum durch Borsengauerelei, durch

gesetzlich erlaubten Wucher und Schwindel, durch Preisfartellwirtschaft, durch Schmarokerpraktiken aller Art, durch die Ausbeutung weißer Lohnklaven oder durch den Handel mit schwarzem Menschenfleisch entstanden sein — einerlei; der Reichtum verlangt, daß sich die betrogene, ausgepreßte Armut vor ihm beugt, ihn als Herrn anerkennt.

Wie sich die Besitzübermacht auch brüsten möge, niemals wird es ihr gelingen, ein moralisches Unrecht auf politische Vorrechte zu begründen; denn sie selbst ist nur durch Verletzung der Moral und Gerechtigkeit zustande gekommen, und nur durch solche Verletzung kann sie sich erhalten.

Die Steuern, die der Besitz entrichtet, sollen den Maßstab für Gewährung des Wahlrechts abgeben! Abgesehen davon, daß dank dem famosen System der indirekten Steuern der Arme verhältnismäßig ungeheuer viel mehr Steuern zahlt als der Reiche, muß gefragt werden: sind denn aber die Steuern das einzige und das beste, was der Bürger dem Staate leistet? Wir meinen, ungleich wertvoller sei die Leistung, die gerade die Masse der Unbemittelten und Armen durch ihre beständige Arbeit der Gesellschaft zuteil werden läßt, während der reiche Schmaroker und Ausbeuter seine Steuern doch nur zahlen kann von dem, was er von den Früchten der Arbeit anderer einnimmt. Nützt ein rechtschaffener Mann und eine vernünftige ehrsame Frau aus den arbeitenden Klassen, die unter schweren Mühen und Sorgen ihre Kinder zu guten Menschen und nützlichen Gesellschaftsmitgliedern erziehen, dem allgemeinen Wohl nicht unendlich viel mehr, als ein Reicher bei all seinen Steuern, die andre für ihn erarbeiten müssen, als ein Parasit der Gesellschaft, der nur seinem Luxusbedürfnis, seinem Müßiggang, seiner Genußsucht, seinen noblen Passionen lebt, und der auch seine Kinder schon in dem verfluchten Vorurteil groß zieht, sie seien etwas „Besseres“ auf der Welt, als die „große Masse“?

Sind für die Erhaltung und Organisation der vielberufenen nationalen Wehrkraft die Steuern der Reichen etwa mächtiger als die Söhne des besitzlosen arbeitenden Volks? Sind nicht gerade diese es, die dem Staat ihre besten Lebensjahre opfern, auf ihre berufliche Tätigkeit geraume Zeit verzichten müssen, um ihrer Dienstpflicht zu genügen? Müssen nicht gerade sie auf den Schlachtfeldern dem Vaterland die Blutssteuer entrichten?

O geht ihr Proleten, mit eurem Besitz- und Steuerdünkel! Was wäret ihr ohne die Arbeiter! Wenn heute alle Kapitalisten mit ihrem Kapital nach dem Mond auswandern würden, so würde das arbeitende Volk und die Gesellschaft nicht zugrunde gehen. Wenn aber umgekehrt die Arbeit versagen sollte, so würde es auch vorbei sein mit dem Kapitalismus, und die reichen Müßiggänger, die nicht gelernt haben, sich ihr Brot zu verdienen, könnten verhungern.

Die Steuern der Reichen sind es nicht, die Staat und Gesellschaft erhalten; eine vernünftig organisierte Gesellschaft kann sie entbehren und wird sie beseitigen mit der Besitzübermacht selbst.

Aber die „Bildung“? Der Schwindel, den die „staats-erhaltenden“ Politiker mit diesem Worte treiben, bildet eine würdige Ergänzung ihres Besitzschwindels. Sie wollen glauben machen, nur bei der Besitzübermacht sei „selbstverständlich“ auch die „wahre und maßgebende Bildung“ zu finden. Reich sein, auf seinen Besitz pochen zu können, gilt ihnen gleichbedeutend mit „gebildet sein“, wie sie es andererseits als „selbstverständlich“ erachten, daß der besitzlose Mensch als „ungebildet“ und „moralisch geringer qualifiziert“ zu gelten habe.

Ohne Zweifel, zu allen Zeiten hat es Menschen gegeben, die über die Masse durch Wissen und Können hervorragten. Aber eine „bessere Gesellschaft“, eine durch gute und nützliche Eigenschaften hervorragende herrschende Klasse hat es nie gegeben und gibt es nicht.

In Wahrheit ist „bessere Gesellschaft“, die sogenannte „gebildete Gesellschaft“, eine Kollektivbezeichnung für die privilegierten, auf Grund ihres im Besitz wurzelnden Privilegiums herrschenden Klassen. Sie haben sie sich begnügt mit dem Rechte der Verfügung über die materiellen Güter, auch die geistigen Güter und damit die Entwicklung der Intelligenz von sich abhängig zu machen, war stets ihr Streben. Den verflauten, ausgebeuteten, absichtlich in der Unbildung und Unwissenheit erhaltenen Volksmassen gegenüber beanspruchte das Privilegium stets, als Inbegriff des einzig Gerechten, Wahren und Guten erachtet zu werden. In demselben Maße, wie die Gleichheit der Menschen nicht existiert, in demselben Umfange, wie ein Privilegium herrschen kann, macht sich auch die Annahme, die Ueberhebung, die Lüge und die Heuchelei geltend. Es gibt keinen Fall in der Geschichte, daß eine privilegierte Klasse Macht besäßen und sie nicht mißbraucht hätte. Die Präension der Autorität erstreckte sich auf alle Gebiete des sozialen Lebens. Der Bevorrechtete, mit seinem Besitz Herrschende, will in jeder Hinsicht als Autorität gelten. Ob er die geistigen Fähigkeiten, die moralische Qualifikation dazu besitzt, das ist völlig Nebensache. Vor dem Mammon, vor der Macht, und wäre sie noch so roh, noch so geistlos, noch so unmoralisch, soll sich

alles in den Staub werfen und anbeten. Der bebormundende Geist der Macht hat sich stets bemüht, den ihm unterworfenen Volksmassen die Meinung beizubringen, es sei selbstverständlich, daß beim Besitz, bei der Herrschaft auch alles geistige Vermögen und alle Tugend sei.

Die Tatsachen strafen diese Meinung Lügen. Immer haben die „Besseren“, d. h. die privilegierten Gesellschaftskreise das soziale Unrecht, verkörpert in ihren Institutionen, repräsentiert. Ist ein Mensch deshalb, weil er Nebenmenschen unterdrückt, für seinen privaten Vorteil ausbeutet, seinem brutalen Stolz, seinen lacherlichen Launen, seiner korrumpierenden Genußsucht dienstbar machen kann, besser als solch ein Nebenmensch? Man vertiefe sich in die Geschichte des Privilegiums aller Zeiten. — sie gliedert sich zu einer Kette von Ungerechtigkeiten und Schandtaten wider das Menschtum. Und ist es nicht ein Hohn auf die gesunde Vernunft, jene, die diese Ungerechtigkeiten und Schandtaten erdulden müssen, als schlechtere Menschen zu erachten, denn diejenigen, die sie verüben? Aus der Unterdrückung der ehrlichen Arbeit durch ein Ausbeuter- und Schmarokertum resultiert die grundsätzliche Verachtung, die ihr die „bessere“ Gesellschaft so lange Zeit hindurch hat zuteil werden lassen. In welcher Form immer Sklaverei das arbeitende Volk in Banden schlug, Verachtung, Mißachtung war neben Elend sein Los. Auch heute hört man noch so oft aus dem Munde von Mitgliedern der „besseren“ Gesellschaft das Wort: „Es ist ja nur ein Arbeiter“. Hochmütig blickt so mancher Prok, Schmaroker und Tagedieb, der bei seiner notorischen Arbeitsuntätigkeit und Unfähigkeit elend verhungern würde, wenn er nach „erworbenem Recht“ nicht Früchte der Arbeitenden einheimen könnte, auf letztere hinab; er hält das als zum „guten Ton“ gehörig.

Der Wert des Menschen bemißt sich unter sozialen Gesichtspunkten nach dem Grade seiner Nützlichkeit für Staat und Gesellschaft, nach seinem Wirken im Interesse der Allgemeinheit, nach dem tatsächlich guten Beispiel, das er gibt und wozu wirkliche Bildung, Liebe zur Gerechtigkeit und Wahrheit, wahre Tugend und Lauterkeit des Charakters ihn befähigen. Auf die „bessere“ und „gebildete“ Gesellschaft als herrschende Klasse trifft das alles nicht zu. Was nützt sie dem Staat, der Gesellschaft? Ihre bloße Existenz macht aus beiden ein Zerbild. Mit dem naturgemäßen Zweck der Gesellschaft ist Klassenherrschaft unvereinbar, denn sie hindert jene an der Erfüllung ihres Zwecks, das Gemeinwohl zu begründen und fortzuentwickeln. Die Nützlichkeit ist lediglich bei dem Faktor Arbeit; ohne diese wäre eine Menschenorganisation überhaupt unmöglich.

Worin besteht das „Bessere“ an den Menschen, die, stolz herabsehend auf den verarmten und Verbrecher werden den Hungerleider, fortgesetzt privilegierte Verbrechen gegen Eigentum, Leben und Gesundheit, Ehre und Würde ihrer Mitmenschen begehen? Hand aufs Herz, Mitglieder der „besseren“, der „gebildeten“ Gesellschaft, wollt ihr im Ernst behaupten, daß es in den sogenannten „niederen“ Klassen weniger guten Charakter, weniger Tugend, wirkliche Bildung und Bildungsfähigkeit, weniger Gerechtigkeit- und Wahrheitsliebe gibt, als bei euch? Für euch wäre es leicht, edel und gut zu sein nach den gang und gäben Begriffen. Wie viele von euch sind's? Eure Tugend wird nicht bedroht von Not und Elend. Wie steht es mit eurer Tugend? Ihr habt die Mittel, Bildung, Wissen zu erwerben. Und doch ist, von verhältnismäßig seltenen Ausnahmen abgesehen, eure Bildung nur die überflüssige Unbildung, euer Wissen nur ein jämmerliches Stückwerk; beides gipfelt in einer Dressur für eure Erwerbs- und Standesinteressen; dazu etwas sogenanntes „gesellschaftlichen Schliß“ — und der gebildete Durchschnittsmensch der sogenannten „besseren“ Gesellschaft ist fertig.

Diese Gesellschaft setzt sich, von verhältnismäßig seltenen Ausnahmen abgesehen, aus Menschen zusammen, die sich allein als Personen und Zweck, ihre Mitmenschen aber als Sachen und Mittel betrachten. Nicht bei ihr ist die sittliche Norm für das soziale und das individuelle Leben. Für alle sittlichen Fehler hat sie von jeher das Beispiel gegeben. Pflicht, Gewissen, Tugend, sittliche Freiheit, Charakter, kurz, alle sittlichen Werte sind im sogenannten „niederen“ Volke viel unverfälschter und viel mehr ausgeprägt, als in der „besseren“ Gesellschaft. Die Neigung zur Selbstvervollkommnung, zur Bildung des Ehrtriebs, zur Beseitigung der eigennützigen Selbstbeschränkung, zur Begründung der Menschenachtung und der Menschenliebe, nirgends kann sie stärker sein, als im arbeitenden Volke.

Dazu kommt noch eins: im Verlauf der letzten fünf- undzwanzig Jahre hat sich das arbeitende Volk Deutschlands unter Führung der Sozialdemokratie ein Maß politischer und wirtschaftlich-sozialer Bildung angeeignet, das das Maß dieser Art von Bildung, dessen sich die herrschenden Klassen rühmen, bedeutend übersteigt. Das wissen diese Klassen auch sehr wohl, geben es aber selbstverständlich nicht zu. Alles mögliche haben sie versucht, des „Vorführers“ Sozialismus, der die Massen zum selbständigen politischen Denken und Handeln gebracht hat, Herr zu werden.

Die herrschende Klasse aber denkt, je politisch geschulter die Arbeiterklasse ist, desto mehr muß sie rechtlos gemacht werden. Aber der Kampf um Erringung politischer Rechte wird in Zukunft fröhlicher geführt, als wie bisher.

Zur Frage einer Gewerkschaftsbank.

Wir haben feinerzeit die 3 Artikel des Genossen Buchwald: Errichtung einer Gewerkschaftsbank ebenfalls im Steinarbeiter gebracht; nun nimmt Genosse v. Elm im Korrespondenzblatt hierzu das Wort und führt im ablehnenden Sinne folgendes aus:

Ich glaube kaum, daß die Argumentation des Genossen Buchwald der Gewerkschaftsbank Freunde in den Kreisen der Gewerkschaften schaffen wird. Der Zweck der Gewerkschaftsbank würde nach Buchwald lediglich der sein — Geld zu verdienen. In seinem Schlusssatz gelangt er zu dem Resultat, die Gewerkschaften könnten durch Errichtung einer solchen Bank, unter der Voraussetzung, daß die Zentralverbände ihre sämtlichen Gelder bei derselben belegen würden und die Geschäftsführung der Bank eine durchaus vorsichtige wäre, rund 1 Million Mark verdienen. Möglich — aber was würde an sich damit erreicht sein? Genosse Buchwald antwortet: „Es ist nicht einzusehen, warum das Privatkapital an den Gewerkschaften etwa 1 Million Mark jährlich verdienen soll, die sie selbst viel besser gebrauchen können.“

Ich will nicht untersuchen, ob die Voraussetzungen des Genossen Buchwald alle zutreffend sind, ich will nicht von dem Risiko reden, welchem die Gewerkschaften sich mit der Errichtung der Bank doch zweifellos auch aussetzen, wenn nun die Geschäftsführung der Bank keine so vorsichtige und geschäftsunbige ist, wie sie zur Erzielung eines so günstigen Geschäftsabchlusses erforderlich wäre, ich will ohne weiteres annehmen, die Gewerkschaften könnten mit ihrer circa 40 Millionen Mark Einnahmen eine Million Mark Zinsen mehr herauswirtschaften, als sie heute von den Privatbanken erhalten. Ich frage nur, sind diese 2½ Prozent Zinsen mehr wirklich verlockend genug, um lediglich deshalb eine Gewerkschaftsbank zu schaffen?

Denn sonst will Genosse Buchwald an dem Bankwesen absolut nichts ändern. Er will, wie dies bei andern Banken auch geschieht, Staatspapiere kaufen und verkaufen, Wechsel diskontieren, Effekten lombardieren, Illimogelder ausleihen und Kredite geben. Das letztere allerdings nur an Gewerkschaften in Fällen von Streiks und Aussperrungen.

Für Kredite an Gewerkschaften rechnet Genosse Buchwald jährlich 5½ Millionen Mark; als guter Geschäftsmann hat er für diese Kredite einen Zinssatz von 6,15 Prozent und eine Provision von ¼ Prozent in Ansatz gebracht, so daß er auch aus diesen Krediten eine Einnahme von circa 375 000 Mk. erzielt. Bis auf diesen letzten Punkt ist seine Bank rein kapitalistisch; aber — wird vielleicht mancher denken, ist denn das nicht schon an sich eine große Errungenschaft, wenn sich im Kampfe befindende Gewerkschaften über 5½ Millionen Mark Kredit verfügen?

Diese Frage ist nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten — gewiß — unter Umständen können diese 5½ Millionen von gewaltigem Wert für den gewerkschaftlichen Kampf sein, es kann aber auch der Fall eintreten, daß diese 5½ Millionen in aussichtslosen Kämpfen verpulvert werden. Streikende sind sich in der Regel bis auf den letzten Moment des Sieges stets bewußt; ist eine Gewerkschaftsbank vorhanden, die so leicht, wie Genosse Buchwald es will, Kredite gewährt (den Gewerkschaften gegenüber läßt der Banktechniker Genosse Buchwald jede Vorsicht beiseite, er verlangt keinerlei Garantie, das Darlehen wird schon durch die eingehenden Mitgliedsbeiträge später wieder gedeckt werden, meint er), so ist hundert gegen eins zu wetten, daß viele Streiks ohne Aussicht auf Erfolg noch wochenlang würden verlängert werden. So herzlich, wie die Kreditgewährung bei Streiks und Aussperrungen auf den ersten Blick aussieht, so bedenklich erscheint sie demjenigen, der schon wiederholt mitten drin stand im Kampfe und der da weiß, daß in manchen Fällen Streiks selbst bei Aufwendung enormer Mittel nicht gewonnen werden können, der aber auch wiederholt erfahren hat, wie schwer es fällt, die streikenden Massen von der Ausichtslosigkeit eines solchen Kampfes rechtzeitig zu überzeugen.

Die Gewerkschaftsbank würde gerade in dieser Beziehung Hoffnungen wecken, die sie gar nicht zu erfüllen imstande wäre, und dann Veranlassung zu mancherlei Zwifligkeiten und unliebsamen Erörterungen geben.

Gerade in dem in Aussicht gestellten Kredit für gewerkschaftliche Kämpfe erblicke ich heute noch, solange nämlich, als keine nach bestimmten Normen geregelte Gegenseitigkeitsversicherung unter den Gewerkschaften für diesen Zweck besteht, eine große Gefahr; ich befürchte, daß die Hoffnungen auf die Gewerkschaftsbank eine Zeitlang sogar die gesunde Entwicklung mancher Gewerkschaften hemmen könnte und würde deshalb aus diesem Grunde am allerwenigsten der Errichtung einer Gewerkschaftsbank das Wort reden.

Auch der eventuelle Mehrertrag an Zinsen, der bei vorsichtiger Leitung in rein kapitalistischer Art den Gewerkschaften aus einer solchen Bank erwachsen könnte, kann mich nicht bestimmen, mich für den Plan zu erwärmen. Meine Ansichten über den Zweck einer solchen Bank stehen in grundsätzlicherm Gegenatz zu denen des Genossen Buchwald. Eine Bank — der Name derselben ist mir nicht die Hauptsache — die Gelder von Arbeitern für die Arbeiter verwalten soll, darf nicht mit der ausgesprochenen Absicht errichtet werden, lediglich Geld zu verdienen — der Zweck muß sein, den wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiter zu mehren und dieser Zweck wird nicht erreicht dadurch, daß man nur etwas vorsichtiger, wie Privatbanken, sonst aber ebenso in kapitalistischer Art arbeitet, wie diese.

Genosse Buchwald stellt völlig in den Hintergrund, was ich in den Vordergrund gerückt haben will. Vor der Unterstützung von Konsumvereinen, die Gelder zur Eigenproduktion benötigen, warnt er geradezu, denn, so meint er, „dadurch, daß eine solche Bank einen verhältnismäßig großen Teil ihrer Gelder zur Begründung von Produktionsbetrieben hergibt, werden die hierzu verwendeten Gelder festgelegt und es könnte dadurch der Fall eintreten, daß die Gewerkschaften nicht jederzeit über genügend große Summen verfügen können, die sie zur Führung von Streiks usw. notwendig brauchen.“

Genosse Buchwald lebt in Berlin, wo der genossenschaftliche Gedanke bisher so wenig praktische Resultate gezeitigt hat, deshalb ist mir sein Pessimismus gegenüber den Genossenschaften erklärlich.

Berlin ist in genossenschaftlicher Hinsicht die rückständigste Stadt in ganz Deutschland; in Hamburg geschieht längst, was Genosse Buchwald für so gefährlich hält und zwar mit geradezu entgegengesetzter Wirkung, wie er sie voraussetzt. In Hamburg haben sehr viele Gewerkschaften ihre Gelder bei der Sparkasse der Produktion belegt und diese hat noch immer, selbst, wenn es sich um erhebliche Summen handelte, im Bedarfsfalle den Gewerkschaften ohne Kündigung und ohne Zinsverlust diese stets sofort ausbezahlt.

Belegt sind bei der Sparkasse der Produktion heute rund 2 700 000 Mk., der Umsatz der Genossenschaft in Waren dürfte in diesem Jahre nahezu sechs Millionen Mark betragen, d. h. es werden, da an die Mitglieder nur gegen bar verkauft wird, jede Woche rund 100 000 Mk. vereinnahmt. Diese Tatsache schon müßte dem Genossen Buchwald lehren, daß die Gefahr, die er für so groß hält, in Wirklichkeit gar nicht besteht.

Ohne ihre eignen Mittel in Anspruch zu nehmen, ohne auch nur das Sconto für die übliche Verzinsung einzubüßen, bräunte

in dringenden Fällen die Produktion nur ihre Warenabnahmen um einige Wochen hinauszuschieben, um sofort ganz erhebliche Summen einer Genossenschaft zur Verfügung stellen zu können.

Selbst bei einem großen Streit vieler Arbeiter aber würden die gesamten Sparkassengelder doch nicht in einer Woche abgehoben werden, so daß durch die Verbindung mit andern Genossenschaften sehr leicht Geld flüssig gemacht werden könnte. Ein Blick in die Bilanzen der Produktion vom Jahre 1906 aber beweist uns, daß sich Arbeitergelder auch anders als „kapitalistisch“ verwalten lassen. Da finden wir, daß für das Gewerkschaftshaus in Hamburg eine Hypothek von 200 000 Mk. gegeben wurde, daß die Grobeinkaufsgesellschaft — selbstverständlich gegen ausreichende Sicherheit — 400 000 Mk. erhalten hat. Ganz entgegengesetzt zu den banktechnischen Grundfäden des Genossen Buchwald wird hier verfahren — es handelt sich gar nicht darum, durch die Sparkasse ein großes Geschäft zu machen, sondern in erster Linie mit den Geldern im allgemeinen Interesse zu arbeiten. Genossenschaftlich gehandelt wäre es wirklich nicht, den Geldnehmern hohe Zinsen abzunehmen, um dadurch einen enormen Gewinn zu erzielen. Die Genossenschaftsbanken in Deutschland sind entgegen den Absichten ihres Begründers fast sämtlich kapitalistisch entartet, das Interesse der Geldgeber — der Aktienhaber — ist das maßgebende, und nun schlägt uns Genosse Buchwald vor, diesen kapitalistischen Bankinstituten noch ein weiteres hinzuzufügen und dasselbe Gewerkschaftsbank zu nennen.

Ich stimme dem Genossen Buchwald darin bei, eine Bank, bei welcher die Gewerkschaften ihre Gelder belegen, darf diese nicht zum größten Teil festlegen, ich bin auch mit dem einverstanden, wenn er sagen würde, dies darf selbst nicht einmal für die genossenschaftliche Eigenproduktion geschehen — aber diese Gefahr besteht doch gar nicht. In Deutschland geht es auf diesem Gebiet wahrlich nicht mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts und wenn man nur an dem Grundsatz festhält, zunächst den Absatz zu organisieren und erst auf Grundlage eines ausreichenden Absatzes eigne Produktionsbetriebe zu errichten, so gibt es für eine Bank gar keine sichere Bankanlage, als diese genossenschaftlichen Fabrikbetriebe. Wenn Genosse Buchwald davor warnen würde, irgend einer sich nach einem verlorenen Streik plötzlich bildenden Produktivgenossenschaft große Kredite einzuräumen, so würde ich ihm ohne weiteres beipflichten, aus seinen Artiteln aber geht hervor, weil er eben alles über einen Kamm jährt, daß die Genossenschaftsbewegung ihm noch ziemlich fremd ist; für die auf gesicherter Basis aus dem organisierten Massenstrom sich entwickelnde Eigenproduktion fehlt heute noch allgemein das Verständnis; diese zu fördern auch mit den Geldern der Gewerkschaften liegt aber denn doch weit mehr in ihrem Gesamtinteresse, als bei Streiks und Aussperrungen doch manchmal recht unsichere Kredite zu geben. Es steht auch für mich fest, daß eine Bank nicht aktionsfähig wäre, wollte sie ausschließlich Gelder nur für die Förderung der wirtschaftlichen Zwecke der Arbeiter verwenden; gut Ding will Weile haben, und ist es für mich ganz selbstverständlich, daß man, um die vorhandenen Gelder nicht brach liegen zu lassen, vielfach noch wird verfahren müssen, wie Genosse Buchwald angibt. Der fundamentale Unterschied zwischen seiner Anschauung und der meinigen aber besteht darin, daß er fast ausschließlich mit seiner Bank „kapitalistisch“ arbeiten würde, während ich die Gelder der Arbeiter den kapitalistischen Bankinstituten entzogen sehen möchte, um sie in erster Linie nach Möglichkeit im Interesse der Arbeiter selbst zu verwenden zu sehen. Der Möglichkeit, in diesem Sinne zu wirken, gibt es noch weit mehr, als in diesem Artikel berührt sind; ich verweise z. B. nur darauf, daß die Produktion heute Grundbesitz im Werte von ca. 3 Millionen Mark besitzt, welche durch fremde Gelder nur mit gut 1 Million belastet ist, daß diese Genossenschaft außer einem Warenspeicher, einer großen Wägerei und Schlägerei schon eine große Zahl Wohnungen für ihre Mitglieder erbaut hat und fortgesetzt noch weiter baut.

Um dies im praktischen Leben aber durchsetzen zu können, ist planmäßige Organisation, Erziehung der Arbeiter in Gewerkschaften und Genossenschaften und zur Beschaffung der Mittel auch die Unterstützung der Genossenschaften durch die Gewerkschaften notwendig. Genosse Buchwald will, daß Gewerkschaften und Genossenschaften, jede Bewegung für sich eine Bank errichtet; ich sehe auch hier eine Förderung der Arbeiterinteressen nur in der gemeinsamen Tätigkeit beider Teile und hoffe, daß nach reiflicher Erwägung das Endresultat die planmäßige Organisation einer Bank auf der Basis eines soliden gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen den organisierten Produzenten und Konsumenten sein wird.

Zur Aussperrung in Meissen.

Die Aussperrung bei Köhler in Meissen dauert nun schon die 20. Woche. Verhandlungen wurden etliche Male vom Zentralvorstand der Steinarbeiter, dem Gewerbegerichtsvorsitzenden und dem Kartellvorstand eingeleitet, aber alle diese Versuche scheiterten an der Halsstarrigkeit des Unternehmers. Am Anfang der Bewegung beschränkte sich S. Köhler, wie er sich auch selbst ausdrückte, darauf, seine alten Leute zu überreden, den Betrieb zu den neuen Bedingungen aufzugeben, als er aber merkte, daß von der gut disziplinierten Steinarbeiterschaft keine zu bewegen war, auf diese schmachvolle Weise sein Koalitionsrecht zertrümmern zu lassen, sandte er vor ca. zwölf Wochen seine Streikbrecheragenten nach allen möglichen Himmelsrichtungen im In- und Auslande, um dort sein Glück zu versuchen. (Bemerkte sei noch, daß diese in Deutschland nur einige Brucharbeiter und Schleifer gewinnen konnten.)

Zuschriften und Auslagen von den hier wieder abgereisten Kollegen lassen ersehen, mit welchen Mitteln die Agenten Arbeiter angeworben versuchen. Es werden da Plakate ausgeteilt und versandt mit 21 Mk. Wochenlohn für jeden Brucharbeiter, — geübte Brucharbeiter 34 Mk. Köhler bezahlt diese zweite Sorte Brucharbeiter mit 25 bis 35 Pfg. pro Stunde. Um die Anzuwerbenden gefügiger zu machen, geben die Agenten noch an, hier wäre unter den Steinarbeitern eine Krankheit (?) ausgebrochen, oder er (Köhler) wolle seinen Betrieb durch 2—300 Mann vergrößern. Deshalb würden so viel eingestellt, daß er aber am 1. Juli sämtliche Arbeiter ausgesperrt hat, verdammen sie wohlweislich, ja ein Agent ging bei seiner Tour so weit, daß er sich als Mitglied des Steinarbeiterverbandes durch Beitragsbuch auswies, um bessere Zugkraft auszuüben.

Einen aufsehenden Erfolg hatten auch einige Agenten mit ihrer Verheißung, aber auch nur anscheinend, denn fast sämtliche Arbeitswillige, welche bisher von auswärts importiert wurden, sind wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, wenn auch hierorts ebenfalls eine katzenartige Krankheit ist, wie Herr Köhler einem Kollegen ausdrücklich schrieb.

Am vorletzten Sonntag erst konnte man 21 junge kräftige Ungarn, Arbeitswillige von Köhler, mit der Bahn abfahren sehen, ihrer fernem Heimat wieder zu, trotzdem sie ihr Agent, der Techniker Mattner, gern zurückgehalten hätte. Diese Leute werden wohl dem Herrn D.

Köhler mit dem Agenten, der einige Wochen danach umreisste, mindestens etliche tausend Mark gekostet haben. Auch aus Böhmen und Schlesien kam vor einiger Zeit ein Transport von 17 Personen Steinmetzen mit Frau und Kind hier an. Nachdem die Angekommenen die Situation durch die Ausgesperrten erfuhren, ließen sie die Agenten, Meister und Omnibus des Herrn Köhler mit Polizei stehen und kehrten am anderen Tage Meissen wieder den Rücken, mit der Antwort, Köhler event. noch vor dem hiesigen Gewerbegericht auf Schadenersatz zu verklagen.

Wahrscheinlich ist jetzt Köhler zu der Einsicht gekommen, daß seine Anwerbungen im Ausland für das schöne Geld gleich Null sind. Denn er verlegt sich jetzt wieder auf seine früheren Arbeiter in Meissen, was beifolgender Brief bezeugt. Der Brief ist gerichtet an den Steinbrecher Siebeck, Mitglied unseres Verbandes. Der unten mit benannte Kollege Teinert ist ebenfalls Verbandsmitglied.

Meißner Granitwerk Oswald Köhler.

Meissen, d. 12. Nov. 1907.

Herrn S. S. hier!

Ich frage bei Ihnen an, ob Sie die Arbeit wieder bei mir aufnehmen wollen, und ich bitte Sie darum, es zu tun, nachdem wir doch jahrelang in einem guten Verhältnis zueinander gestanden haben. Sie können Ihren seitherigen Platz wieder einnehmen, weil ich immer für Sie noch offen gelassen habe und bleibe ich Ihres gefälligen Bescheids erwartend, ob und wann Sie kommen werden.

Sie kennen aber meine Bedingung, die dahinaus läuft, daß Sie während Ihrer Tätigkeit bei mir keiner sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören dürfen, insbesondere nicht dem Verband der Steinarbeiter Deutschlands, weil sämtliche der in meinem Betriebe beschäftigten Leute im gleichen Sinne verpflichtet sind. (Wer hat sie dazu verpflichtet, natürlich Herr Köhler. Und das nennt man Koalitionsrecht. Red. d. St.) Jedenfalls werden sie sich ganz wohl dabei fühlen, resp. besser daran sein, als wie es seither der Fall gewesen ist.

Ich bitte Sie, sich mit Ihrem Kollegen Teinert besprechen zu wollen, ob er mitkommt, und lege ich eine Karte zur Antwort hier bei.

Es verharret

Hochachtungsvoll

Oswald Köhler.

Die Antwort auf die obige Bitte erfolgte denn auch, wie es von einem organisierten Steinarbeiter zu erwarten war. Die Kollegen im Lande draußen wird es wunder nehmen, daß jetzt Köhler schon mit Bitten an die Arbeiter herantritt, die er vor 20 Wochen mit kaltem Herzen auf die Straße geworfen hat. Hätte Köhler am 1. Juli ein vernünftiges Wort mit sich reden lassen, dann dürfte er es heute nicht notwendig haben, uns mit Bitten zu bestürmen; oder will er es jetzt auf einmal gut machen, was er in den 20 Wochen an seinen alten Arbeitern verschuldet hat? Uns kann es nur recht sein, unsere Adresse weiß er jederzeit zu finden, wenn es ihm einmal Ernst sein sollte, seinen Standpunkt zu ändern; denn von Nutzen wird ihm die bisherige Handlungsweise nicht gewesen sein. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß Herr Köhler noch einmal froh sein wird, wenn er die alten Leute wiederbekommen könnte, und wenn sie auch noch so rot und revolutionär wären, wie er uns jetzt bezeichnet.

Bemerkte sei noch, daß in der letzten Zeit im Betriebe mehrere Unfälle vorgekommen sind, es ist dies ganz natürlich, denn die meisten Brucharbeiter haben bis vor kurzem einen Steinbruch nur von außen gesehen.

Sehr schlecht geht es Köhler mit der Monumentalarbeit, es sind von seinen ganzen 16 Steinmetzen höchstens sechs, welche man auch nur annähernd so heißen kann. Er will aber noch über 100 geübte Steinmetzen einstellen, sie möchten nur kommen. Wir wünschen ihm viel Glück dazu, hoffentlich wartet er nächstes Frühjahr auch noch darauf. Dafür werden die Ausgesperrten schon sorgen, daß ihm seine Pläne nicht zu hoch hinaus wachsen.

Allen Steinarbeitern des In- und Auslandes rufen wir zu: Gebet den Agenten des Herrn Köhler die richtige Antwort, wo sie sich nur immer sehen lassen, und übet den Ausgesperrten gegenüber Solidarität. Dann muß der Sieg auf unsrer Seite sein!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Anträge für den Verbandstag müssen laut Statut (§ 6c, Abs. 2) bis zum 8. Februar 1908 an den Verbandsvorstand eingekandt sein, wenn dieselben bei der Veröffentlichung in Nr. 9 des Steinarbeiters, Jahrgang 11, Berücksichtigung finden sollen.

Vom 3. Quartal steht noch ein großer Teil Abrechnungen aus; in nächster Nummer des Steinarbeiters werden wir diejenigen Zahlstellen veröffentlichen, welche ihre Abrechnung bis zum 25. November nicht eingekandt haben.

Am 7. Dezember wird ein neues Adressen-Verzeichnis herausgegeben; alle Änderungen sind bis spätestens 28. November an die Redaktion einzusenden.

Korrespondenzen

Berlin I. Am 12. November tagte im Gewerkschaftshause eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Die vom 1. Kassierer gegebene Abrechnung vom 3. Quartal ergibt eine Einnahme inklusive Bestand von 17 955,84 Mark; derselben steht eine Ausgabe von 9539,90 Mark gegenüber, so daß ein Bestand von 8415,94 Mark verbleibt. Die Kassierer wurden einstimmig entlastet. Nach eingehender Beratung wurde dem Vorschlag des Vorstandes und der Platzvertreter gemäß, mit großer Majorität beschlossen, von der Kündigung des am 1. März ablaufenden Tarifs abzusehen. Derselbe gilt, falls er von keiner Seite zum 1. Dezember gekündigt wird, auf 2 Jahre verlängert. Die in Vorschlag gebrachten Kandidaten zu der am Sonntag, den 1. Dezember, stattfindenden Delegiertenwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden bestätigt. Der Filiale II (Marmorarbeiter) wurden 500 Mark als Beihilfe zur örtlichen Unterstützung der anlässlich des Marmorarbeiterstreiks auf der Strecke geliebten Kollegen überwiesen. Der Antrag, den durchreisenden organisierten Kollegen 1 Mark Ortsbeitrag zu gewähren, wurde mit den Zusätzen, dasselbe innerhalb eines halben Jahres nur einmal auszugeben, und daß ferner die Kollegen, die Arbeit erhalten, den Betrag innerhalb 14 Tagen zurückzahlen.

schaffen, angenommen. Gegen eine Eintragsbeschlüsse die Ver-
sammlung, den Ausschluß der Steinmeßer Joh. Luga, Fr. Herbst
und Peter Schmidts wegen Streikbruchs zur beantragen. Das
Gerichtsbüro brachte wegen der schwachen Beteiligung der
Kollegen leider ein Defizit von 31.45 Mark.

Gesamt. In der am 12. November beim Kollegen Thiele
abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Gauweiler Ernst Kasten
einen Vortrag über das Recht im Klassenkampf. Seine anber-
halbstündigen vorzüglichen Ausführungen wurden durch reichen
Beifall belohnt. Zu Vertretern zur Ortskrankenkasse wurden die
Kollegen Wilmann und Wunderlich in Vorlage gebracht. Eine
Mitteilung vom Obermeister der Innung rief eine lebhafteste Dis-
kussion hervor. Die Versammlung war der Ansicht, daß der schon
reichhaltige Tarif nicht noch mit neuen Punkten vermehrt wird;
daß z. B. die eingekleidete Simse unter Punkt 151 je nach Ein-
satz und Tiefe zu berechnen sind. Ein Antrag, im Winterhalbjahr
jedem durchreisenden Kollegen 50 Pfg. örtlichen Aufwuchs
zum Reisegehalt zu geben und die Kosten in zwei Extra-
beiträgen von je 25 Pfg. zu erheben, fand einstimmige Annahme.
Diese Beiträge sollen am 16. und 23. November erhoben werden.
Nicht störend wirkte das fortwährende Zummurmeln eines an-
getrunkenen Kollegen, dem schon vom Vorsitzenden durch Befragen
der Versammlung das Wort nicht mehr erteilt wurde. Die Ver-
sammlung war von 125 Kollegen besetzt. In Zukunft wird mit
solchen Ruhestörern kurzer Prozeß gemacht. Es ist einfach un-
erhörbar und beschämend für die ganze Zahlstelle, wenn ein be-
trunkener Kollege die ganze Versammlung stören kann. Eine
solche Unberücksichtigung lassen sich die Kollegen nicht mehr bieten.

Gesamt. Am Sonntag, den 10. November, tagte im
Gasthaus Girschenstein bei Göh in Weibing unsere Mitglieder-
versammlung. Der Vorsitzende gab die Tagesordnung bekannt.
Hierauf wurde vom Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal
verlesen, welche von beiden Revisoren für richtig befunden
wurde. Etliche Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.
Dann wurden sämtliche Mitgliedsbücher, Statistiken und die
Hauptbücher kontrolliert, welche sich in tabellarischer Ordnung vor-
fanden. Unter Verschiedenem gab es eine lebhafteste Kritik, indem
die Herren Arbeitgeber unsere Tarifpreise nicht anerkennen
wollen, sie wollen nach Veränderung der jetzigen Jahreszeit be-
zahlen. Sie denken, die Lebensmittelpreise sind für die Arbeiter
im Winter niedriger wie im Sommer. Bei einem Werkmesser
fragte ein nichtorganisiertes Kollege um Arbeit zu, der Werk-
meister sagte, habe Arbeit genug, kannst auch bei mir eintreten,
wenn du unter dem Tarif arbeitest. Der Kollege habe sofort
anderwärts Arbeit gesucht und ist dem Verbands begetreten. Der-
selbe Werkmeister hat lauter organisierte Arbeiter, er wollte mit
fügen Worten eine Abmachung unter Tarif vornehmen, habe
Arbeit übernommen, die er nach Tarif nicht bezahlen kann.
Weiter würde keine so saubere Arbeit verlangt. Mit solchen
Versprechungen sollen die Arbeiter irreführt werden. Wir
wollen aber unser genaues und fein geleertes Arbeiten nicht
mehr unter dem Tarif verlieren und fest an unsern Tarif halten.
Den Werkführer speziell möchten wir fragen, ob sein schöner
Lohn im Winter auch fällt, weiter gestatten wir uns die Anfrage,
ob er sich seinen Lohn kürzen läßt, wenn die Arbeit „angeblüht“
zu einem niedrigeren Preise vom Unternehmer übernommen ist?
Den Kollegen sei empfohlen, dafür zu sorgen, daß die getroffenen
Abmachungen sehr streng eingehalten werden. Wenn auch das
„Winterbrod“ (der Schnee) bald fällt, so haben wir trotzdem dafür
zu sorgen, daß an unsern Löhnen, wie sie bisher gebräuchlich
waren, nichts gekürzt wird.

Gesamt. Am Sonnabend, den 9. November, tagte hier unsere
Mitgliederversammlung, wozu Gauweiler Kollege Herrmann er-
schienen war. Er sprach über den Wert der Tarifverträge. Der
Beifall, den die Kollegen seinen Worten zollten, bewies, daß sie
ihn verstanden hatten; das zeigte sich auch in der darauf folgen-
den Debatte, wo nebenbei auch der Düsseldorf Tarifabschluß be-
sprochen wurde, worüber unter den Kollegen eine mißliebige
Stimmung herrscht. Kollege Herrmann erklärte uns, daß nächst-
stens der Düsseldorf Tarif im Steinarbeiter veröffentlicht
würde. Bei dem 2. Punkt wurde das Antwortschreiben, was auf
die Anfrage bezüglich einer eventuellen Maßregelung des Bau-
arbeiterfiskus-Delegierten vom Zentralvorstandes erfolgt war,
verlesen. Diese Antwort bemängelten die Kollegen. Herrmann
setzte ihnen näher auseinander, daß die Antwort richtig wäre;
die Anwesenden waren damit zufrieden. Im 3. Punkt: Bericht
der Schlichtungskommission, kam folgendes Ergebnis heraus:
Die Kollegen bei Kircher 5 Mark vereinbart. Tags darauf, als sie
schon das zweite Stück angefangen hatten, wurden sie bei Kircher
vorstellig und verlangten nun 6 Mark. Dies wurde ihnen natür-
lich verweigert, und übrigen waren sie an den tariflich verein-
barten Stundenlohn gekommen, und weiter konnten sie nichts
wollen.

Gesamt. In einem bei Weisau
gelegenen Basaltwerk sind neben 100 deutschen und italienischen
Arbeitskräften auch circa 80 ungarische Steinarbeiter beschäftigt.
Durch einen günstigen Zufall wurde der Zentrale die Mitteilung,
daß ein Agent von der Firma Köhler in Weisau unterwegs sei,
um in Weisau Streikbrecher anzuwerben. Gauweiler Herrmann
sah in Weisau von der Geschäftsleitung beauftragt, sofort die
notigen Schritte zu tun, um die in Weisau beschäftigten Stein-
arbeiter über die wahren Ursachen der Aussperrung im Betriebe
von Köhler aufzuklären. Dieser begab sich sofort dahin und stellte
fest, daß der Agent von der Firma Köhler sich schon telegraphisch
angemeldet hatte. Den Kollegen wurde die nötige Aufklärung
gegeben, und wird sich kein Steinarbeiter bereit finden, bei
Köhler als Streikbrecher einzutreten. Seit einigen Wochen be-
steht in Weisau eine Zahlstelle des Christlichen Verbandes;
größtenteils deutsche Kollegen. Damit nun auch von diesen Kol-
legen keiner als Streikbrecher nach Weisau geht, hatte Herrmann
eine Besprechung mit dem christlichen Sekretär. Derselbe er-
klärte sich sofort bereit, soweit es ihm möglich ist, dafür Sorge zu
tragen, daß kein christlich organisierter Kollege nach Weisau
ginge. Wiederum hat also die Firma Köhler mit ihrem Streik-
brecherfang einen gründlichen Mißfall erlebt. Aus den frampf-
haften Anstrengungen, die die Firma macht, kann man ersehen,
daß es eitel Geklumper von der Firma ist, wenn sie in bürger-
lichen Zeitungen schreibt, der Betrieb sei in vollem Umfange auf-
genommen und die ausgesperrten Arbeiter seien alle ersetzt. Die
Reiten sind endgültig vorbei, wo man es fertigbrachte, in kurzer
Zeit Streikbrecherkolonnen anzuwerben. Heute weht die Fahne
des Deutschen Steinarbeiterverbandes in den rückständigsten und
abgelegensten Bruchgebieten. Wir können der Firma Köhler nur
raten, das Geld, welches sie für den Streikbrecherfang nutzlos
berauscht, zur Aufbesserung der Löhne ihrer Arbeiter zu ver-
wenden.

Hamburg I. Hier fand am 7. November eine Versammlung
statt. Was ist Steinmeßer, was ist Hartthauerarbeit? lautete die
Tagesordnung. Gauweiler Biemig hatte das Referat übernom-
men. In seiner Rede führte er der Versammlung den histori-
schen Entwicklungsgang der Steinarbeiterbewegung vor Augen.
Die alte Kunst der Fachvereine, welche sich gänzlich abschloß von
allen übrigen Steinarbeitern, wie Brechern, Woffirern, Schlei-
fern, Pflastersteinarbeitern usw., mußte der Entwicklung der
modernen Industrie und Technik weichen. Sollten die Stein-
meßer in Zukunft überhaupt Vorteile erreichen, Lohnforderun-
gen durchdrücken, so mußten sie sich derjenigen Arbeiter an-
nehmen, die in erster Linie das Rohmaterial zu gewinnen hatten.
Wiel Mühe und Arbeit hat es gekostet, den Eigendünkel der
Steinmeßer zu brechen, und jene Arbeiter, die so harte Arbeit
für so wenig Geld leisten mußten, als Brüder und Klassen-
genossen zu betrachten. Mit Befriedigung können wir heute

diesen Standpunkt als überwunden betrachten. Den Fachver-
einen folgte das lose Vertrauensmännersystem, das zuletzt durch
die Zentralorganisation abgelöst wurde; und es befogt schon der
Name des Verbandes, Zentralverband der Steinarbeiter Deutsch-
lands, daß es uns gelungen ist, alle Arbeiter in der Steinindus-
trie zu organisieren, ob Granit oder Sandstein oder Marmor,
ob Brecher, Hauer oder Schleifer, welche ein Interesse an unserm
Verbande haben. Eine Ausnahme macht hier Hamburg. Von
kleinen Anfängen hat sich im Verufe der Steinseher das Hart-
thauergerwerbe herausgebildet. Die Steinseher mußten die
Vorteile zu würdigen und lernen Lehrlinge an, die Vorb-
und Pflastersteine zu behauen; gleichzeitig lernten diese Arbeiter
das Steinseher auf der Straße. Da sie niedrige Löhne zahlten,
können sie auch billige Offerten abgeben und erhalten folglich
auch Arbeiten. Die Frage ist für Hamburg brennend geworden:
Welchen Weg haben wir zu betreten, dieser Konkurrenz der
Steinsehermeister zu begegnen, um unsere Mitglieder vor Schaden
zu bewahren? Der Referent betonte ausdrücklich, daß der eine
Weg, der sicher zum Ziele führen muß, der ist, wenn alles was
Steine haut, ganz gleich ob Pflaster-, Granit- oder Kalkstein, sich
der Organisation der Steinarbeiter anschließt. Denn Stein-
arbeiter sind wir alle, und was in Berlin, Sachsen, Bayern und
Schlesien möglich ist, muß doch in Hamburg auch möglich sein,
es muß diese Sache erledigt werden, bevor beiden Organisationen
großer Schaden zugefügt wird. Die Meister nutzen diese Arbeits-
methode, halb Steinseher, halb Hartthauer, geschickt aus, um die
Hartthauer, die doch tatsächlich Steinarbeiter sind, mit niedern
Löhnen abzusperrten. Redner bittet um eingehende Diskussion,
um hier Klarheit zu schaffen. Lauter Beifall wurde dem Referen-
ten für seine Worte zuteil. Kollege Krogmann, Vorsitzender
der Steinseher Hamburgs, führte in folgendem die Ansichten der
Steinseher bezw. Hartthauer an. Er bestreitet nicht, und es ist
erwiesen, daß die Hartthauer zu einem großen Teil Arbeiten
ausführen, die früher die Steinmeßer gemacht haben. Leider
wäre beiderseits nicht mit dem genügenden Entgegenkommen
die Sache behandelt worden. Die Kommission, die seinerzeit
gewählt worden, um die Frage zu lösen: Was ist Steinmeßer,
was ist Hartthauerarbeit? hat nicht gearbeitet, wie sie es hätte tun
müssen. Er ist ganz überzeugt, daß die Sache unhaltbar ge-
worden ist und eine Regelung geschaffen werden muß. Nur das
Wie ist die Frage. Redner gibt einen Überblick, wie sich ge-
wöhnliche Arbeiter angelernt haben, die Platten zu fanten und
die Steine zu behauen, und wie sich diese Arbeiten bis heute
weiter entwickelt haben. Er befürchtet für seine Mitglieder den
Verlust ihrer Existenz, wollten diese Arbeiter von heute auf
morgen den Steinmeßer verlangen oder sich dem Stein-
arbeiterverband anschließen; denn die Meister würden dann
lieber Steinmeßer einstellen. Redner erklärt, heute sei diese
schwierige Sache nicht übers Anie zu brechen, es sei nicht mög-
lich, diesen Punkt jetzt zu erledigen, denn erstens bestehen
Zweifel, wo die Grenze ist zwischen Steinmeßer- und Hartthauer-
arbeit, und zweitens sind sie bis 1909 an den Tarif gebunden.
Redner schlägt vor, die frühere Kommission zu verstärken und
recht oft, wenn möglich alle Monate, zusammenzukommen, und
so wie ein Streitfall vorliegt, die Sache zu regeln. So hofft er
eher zum Ziele zu kommen. Von einem Uebertritt der Hartthauer
zur Steinarbeiterorganisation könne keine Rede sein, viel leichter
würde umgekehrt der Fall möglich sein, daß die Steinarbeiter in
den Steinseherverband übertreten, da ja schon jetzt ein großer
Teil Steinmeßer auf den Hartthauerplätzen in Arbeit stehen.
In der weiteren Diskussion bekämpfen sämtliche Redner die
Handlungsweise der Hartthauer, besonders die letzte Neußerung
Krogmanns vertwerfen sie als rückständig. Durch einen be-
sonders krassen Fall sei hier den Mitgliedern vor Augen geführt,
wohin die Reize geht, wenn wir nicht mit aller Energie Abhilfe
schaffen. Bei der Firma Witt, Steinsehermeister, verlangte ein
Kollege für das Anfertigen von Schlußsteinen (Granit), den
Steinmeßerlohn. Der Kollege wurde entlassen, und sofort nahm
ein Hartthauer die Arbeit in Angriff, natürlich für den viel
niedrigeren Hartthauerlohn. Wir verlangen unbedingt von or-
ganisierten Arbeitern, daß sie Solidaritätsgefühl besitzen, und
wenn wir es ausüben, werden die Versuche der Meister, uns um
die Früchte jahrelanger Kämpfe zu bringen, mit Leichtigkeit ab-
gewehrt werden. Eine gemeinsame Vorstandssitzung soll die
Schritte hierzu einleiten.

Kaiserslautern. Daß bei den hiesigen Unternehmern der
abgeschlossene Arbeits- und Lohnvertrag bei einigen nicht recht
in der Höhe will, beweist nachfolgendes. Am 9. d. M. wurde bei
der Lohnauszahlung bei Herrn St. Krüdel eine starke Reduzierung
der Arbeitslöhne vorgenommen, so daß der höchste Stundenlohn
47 Pfg. pro Arbeitsstunde betrug statt 56 bezw. 60 Pfg., und
der ganze Lohnausfall bei 16 Kollegen à 11 Arbeitstagen 213.38
Mark ausmachte. Die Differenz zwischen dem vertragsmäßigen
und ausgezahlten Lohn war darin zu suchen, daß den Arbeitern
nicht wie vertragsmäßig, der Preis bei Beginn der Arbeit des
zu bearbeitenden Steines gesagt wurde, sondern erst am Lohnstage
wurden jedem Arbeiter einige Mark in die Tüte gesteckt und da
sollte er zufrieden nach Hause gehen. In der am 10. Nov. stattge-
fundnen Versammlung, wo Koll. J. Kraft-Rammsheim anwesend
war, wurde der Vorsitzende mit einer Kommission beauftragt,
bei Herrn Krüdel vorstellig zu werden, um die Differenz auf
gütlichem Wege beizulegen und solange die Arbeit ruhen zu
lassen. Als die Kommission zu unterhandeln begann, fragte er:
Warum schaffen die Steinhauer nichts? Nachdem der Vor-
sitzende Herrn Krüdel auf die ausgezahlten Löhne aufmerksam
gemacht hatte, sowie auf den von ihm selbst unterzeichneten Ver-
trag, erklärte dieser Herr: Was wollen denn die Steinhauer? Ich
habe doch einen schönen Lohn ausbezahlt. Können diese nicht zu-
frieden sein, wenn sie Arbeit haben? Er erklärte weiter: Wer
nicht sofort anfängt zu arbeiten, der ist entlassen. Weiter meinte
er: Sehen Sie her, da bekam ich einen Brief von Mannheim,
darin wird mir Arbeit für 75 Mark pro Kubikmeter franko
Bahnhof übertragen; soll ich diese Arbeit übernehmen? Der Vor-
sitzende erklärte, daß die Arbeiter ihren vertragsmäßigen Lohn
verlangen im Winter so gut wie im Sommer, und daß der Ar-
beiter im Winter bezw. Herbst um so mehr Anspruch auf diesen
Recht hat, denn er kann seine Arbeitskraft mehr ausnützen wie
in der heißen Zeit. Da laachte der Herr die Kommission aus und
erklärte: Die Arbeiter sollen froh sein, wenn ich dafür Sorge
trage, daß ich Arbeit habe, um sie im Winter beschäftigen zu
können. Nachdem die Kommission den Ausgang des Unter-
handelns den übrigen Kollegen vorgelesen hatte, erklärten sie,
unter diesen Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen zu können.
Die Kommission wurde nochmals vorstellig, aber Herr Krüdel
schrie dieser die Worte zu: „Es gibt nichts; die Arbeiter sind
entlassen.“ Also das ist die Handlungsweise eines Arbeitgebers,
der auf Kosten der Arbeiterstimmen im hiesigen Stadtrat sitzt.

Kiel. Am 5. November tagte im Gewerkschaftshause die
Mitgliederversammlung der Steinarbeiter. Zur Aufnahme
hatten sich zwei Kollegen gemeldet, der eine wurde aufgenommen
ohne Widerspruch. Betreffs Herrwigs Aufnahme entspann sich
eine lebhafteste Debatte, da ein Schreiben von dem Vorsitzenden der
Zahlstelle Kostof eingegangen war, wie er sich als Polier gegen
die dortigen Kollegen betragen hatte. Die Versammlung er-
klärte, daß die Aufnahme zurückgesetzt wird und über die Sache
nähere Erkundigungen eingezogen werden. Der Vorsitzende teilt
dann mit, daß das Reisegehalt und Ortsgehalt im Gewerks-
chaftshause beim Herbergsbater ausbezahlt wird. Hierauf er-
hielt Kollege Gauweiler das Wort zu seinem Referate:
Was haben wir für Pflichten. Er entledigte sich seiner Aufgabe
in interessanter Weise und wurde der Vortrag mit lebhaftem
Beifall aufgenommen. Zum Punkt Verlässliche Angelegenheiten
nahm Kollege Köhl das Wort. Er schilderte uns in seinen
Ausführungen den Verlauf der Sitzung der Schlichtungskom-

mission beim Gewerbegerichtsvorsitzenden, daß wir Arbeiter mit
dem Einigungsversuch des Gewerbegerichtsvorsitzenden nicht
einverstanden waren, darauf verließen die Arbeitgeber den
Sitzungssaal. Biemig erklärte sich hierauf mit Kollegen Köhl be-
reit, am 6. November beim Vorsitzenden der Arbeitgeber betr.
der Sache vorstellig zu werden. Hierauf wurde das Verhalten
des Redakteurs sehr schwer gerügt, indem er schon mehrere Be-
richte von Kiel nicht im Steinarbeiter kommen ließ. Diese
Handlungsweise fordert zum schärfsten Protest heraus.

Lübeck. Am 6. November tagte im Vereinshause eine gut
besuchte Mitgliederversammlung. Gauweiler Biemig war an-
wesend. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 745.70
Mark, eine Ausgabe von 330.41 Mark, bleibt Kassenbestand am
30. September 1907 415.30 Mark. Hierauf wurde der Kartell-
bericht erstattet. Sodann referierte Kollege Biemig über das
Thema: Der Kapitalismus. In diesem Vortrage wurde den Kol-
legen das Entstehen des Ausbeutertums recht klargemacht.
Leider fand keine Diskussion statt. Im Verschiedenen wurde
dem Kollegen Biemig die Entlassung des Mitgliedes Paucker
unterbreitet. Die Maßnahmen, die getroffen worden sind, wur-
den sodann vom Gauweiler bestätigt.

Mühlhausen i. Thür. Dienstag, den 12. November, fand
hier im Gewerkschaftshause die übliche Monatsversammlung
statt. Nach Bekanntgabe des Kartellberichts hielt Gauweiler
Philipp Wagner aus Erfurt einen Vortrag über: Gewerkschaften
und Unternehmerverbände. Er betonte, daß es eine Notwendigkeit
sei, das Wesen dieser Verbände kennen zu lernen. In seinem
zweistündigen Referat, wies er an der Hand von Statistiken und
Zweifeln nach, wie vorzüglich es die Unternehmer verstehen, mit
der Ware Arbeitskraft umzugehen. Sie wollen die Organisation
niederringen, um so den Einzelnen besser auszunutzen zu können
und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu zertümmern. Redner
kam auch auf den Erfurter Bauarbeiterstreik zurück und kenn-
zeichnete die Taktik der Unternehmer, die Erfurter Berufs-
häftnisse usw. Wer Gelegenheit hatte, in Erfurt zu arbeiten,
der sehnt sich nicht so leicht nach dem Eldorado zweier wohl-
bekannten Steinmeßerwerke zurück. Mit diesem Thema hat
sich der Steinarbeiter schon des öfteren befaßt, eine Wieder-
holung erübrigt sich daher. Zum Schluß ermahnte der Gau-
weiler diejenigen Kollegen, die noch nicht Parteimitglieder sind,
unverzüglich der Partei beizutreten, da nur von dieser Seite und
der Arbeiterpresse unsere wahren Interessen vertreten werden.
Seine lehrreichen Ausführungen wurden mit großem Beifall
aufgenommen. Sodann Schluß der imposanten Versammlung.

Springe. Am Sonntag, 10. November, hielten die Zahl-
stellen Springe und Altenhagen eine gut besuchte Steinarbeiter-
versammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten
wurde, wurde eine Karte von Biemig vorgelesen, worin derselbe
ausdrückt, daß er nicht kommen könne, da er in Escherhagen
zugezogen habe. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die
Abrechnung vom 3. Quartal verlesen. Alles war in bester Ord-
nung. Dann wurde zur Sprache gebracht, daß sämtliche Kol-
legen der Zahlstelle Altenhagen gekündigt ist, angeblich wegen
Arbeitsmangel. Es wurde scharf kritisiert, daß die Firma
Wölger den ganzen Sommer hindurch und noch bis in die jüngste
Zeit kroatische Arbeiter beschäftigt hat, während jetzt im Winter
alten verheirateten Steinmeßer und Brechern, die ihre Gesund-
heit in den Brüchen opfern mußten, gekündigt wurde. Die Kol-
legen hätten sehr abgeräumt, doch auf diesen Einfall kam die
Firma nicht. Des weiteren wurde noch beschlossen, daß unser
Tarif in vielen Punkten unklar ist, zum Frühjahr möglichst einen
Tarif mit Skizzen vorzulegen.

Waldhörn. Am 10. November tagte im Gasthaus zum
Zähringer Hof eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung, zu
der auch die Kollegen von Höpplingen und Hardheim sehr zahl-
reich erschienen waren. Referent war Kollege Mich. Breunig-
Würgburg. Breunig behandelte das Thema: Die Wirtschaft-
lage der Arbeiter. Die Anwesenden waren mit dem Gehörten
sehr zufrieden, was ja auch der reiche Beifall bewies, der dem
Redner gesendet wurde. Ein schönes Beispiel der Kollegialität
gaben die Steinarbeiter aus Höpplingen, indem diese alle dem
Verbande beitraten. Unser Mitgliederzahl hat sich wieder sehr
schön vermehrt; wir bilden im hiesigen Gebiet ein stattliches
Vollwerk, an dem die Schitanen der Unternehmer glatt ab-
prallen. Die Kollegen von Hardheim freuen sich, daß ihre agi-
tatorische Arbeit, die sie seit langem betrieben, von einem solchen
Erfolge gekrönt war.

Wurzen. Nach einer am 3. November abgehaltenen großen
öffentlichen Steinarbeiterversammlung, die den schärfsten Protest
gegen die Mißstände in den Steinbrüchen erhoben hatte, fühlte
sich der Herr Gewerbeinspektor von Wurzen veranlaßt, am
6. November in den Bachmannschen Betrieben eine Revision ab-
zuhalten. Schon am 5. November soll Herr Bachmann davon
unterrichtet gewesen sein, denn den Frauen wurde abends mit-
geteilt, daß sie am 6. November vormittags zu Hause bleiben
müßten, da die Gewerbeinspektion revidieren wolle. Natürlich
war nun auch keine einzige Frau am 6. November im Betriebe.
Die Arbeiter vermuteten nun aber, daß wenigstens der Betrieb
richtig beschäftigt würde. Auf einmal hörte man von den Bruch-
meistern, jetzt sind sie auf dem Kohlensticht, nun werden sie
gleich kommen, macht alle Schutzvorrichtungen an. Der Beamte
ging mit seinen Begleitern auf die Höhe des Felsens, schaute eine
Weile in den Betrieb hinein, und dann fuhr er gemeinsam
wieder nach Wurzen zurück. Nicht ein einziger Arbeiter ist
gefragt worden, ob sie jetzt bei dieser rauhen Witterung Ar-
beitsboden besitzen, ob gutes Trinkwasser vorhanden ist, ob die
Unterfunktsräume in Ordnung sind, ob kein geheizt wird und
dergleichen mehr. Wir stellen fest, daß gerade die Unterfunkts-
räume in allen Betrieben sehr zu wünschen übrig lassen. Wir
werden versuchen, daß in Zukunft auch Arbeiter über ihre
Wünsche befragt werden.

Zweibrücken. Wir haben schon in letzter Nummer berichtet,
daß die Firma Winterheld 6—8 Pfg. vom Stundenlohn kürzte.
Warum? Wohl, weil der Winter vor der Tür steht. Die
Firma sandte aus Mittenberg (Mantal) ein Schreiben,
daß dort die Steinmeßer schon zufrieden seien, wenn sie 3 Mark
pro Tag verdienen könnten. Ob das wahr ist, können wir nicht
konstatieren. Um die Reduktion abzuwehren, ließen die
7 Christlichorganisierten ihren Sekretär Brendel kommen.
Anerseits war Kraft erschienen. Brendel lehnte es ab, wegen
dieser gewaltigen Lohnreduktion einen Streik für seine lieben
Leute zu sanktionieren, es wäre in der Jahreszeit schon zu spät
und der „christliche Verband“ zähle im Winter keine Streik-
unterstützung. Die Christlichen waren über diese sonderbare
Arbeitervertretung wenig erbaut, denn dann können ja die
Unternehmer nach Belieben mit den Arbeitern umspringen.
Wenn das gewerkschaftliche Organisation genannt werden soll,
dann haben allerdings die Unternehmer zu frohlocken. Brendel
hatte überdies bei seinem Hiersein sehr wenig Zeit zur Ver-
fügung, er dampfte sogleich wieder von dannen. Dieses Kurztu-
gen ist den hiesigen Steinarbeitern schon längst aufgefallen.
Öffentlich braucht Brendel wegen Mangel an Mitgliedern bald
nicht mehr nach Zweibrücken zu kommen. Dann kann er seine
kostbare Zeit anderweitig zweckdienlicher verwenden. Unser
Verbandsmitgliedern mußten wegen des staatsmännischen Ver-
haltens dieses „Führers“ auf einen Kampf verzichten. Der
„christliche“ Verband hat sich also wieder als Beschützer des
Kapitals erwiesen.

Rundschau.

Der sozialdemokratische Parteivorstand erläßt folgenden
Aufruf: An die preussischen Parteigenossen! Am 26. November
tritt die Körperschaft, die auf Grund des elendesten aller Wahl-

rechte gewählt ist, der preussische Landtag zu seiner letzten Sitzung dieser Legislaturperiode zusammen. Es gilt, alle Kraft einzusetzen, das endlich jenes durch einen Gewaltstreich der Regierung eingeführte Wahlrecht beseitigt wird. Wir fordern die Parteigenossen in ganz Preußen auf, Dienstag, den 26. November, Massenversammlungen einzuberufen, um gegen das Unrecht, welches bald 80 Jahre bestanden hat, zu protestieren. In den Orten, wo aus lokalen Gründen die Protestversammlungen Dienstag, den 26. November, nicht möglich sind, möge man eine solche Versammlung an einem der folgenden Tage, spätestens aber Sonntag, den 1. Dezember, einberufen, damit das preussische Volk in der ersten Woche des Zusammenhins des Landtages zum Ausdruck bringt, wie es über die Schmach des Dreiklassenwahlrechts denkt.

Die Unterstützungsleistungen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der deutschen Arbeiterorganisationen sind je nach der Art der Organisation ziemlich verschieden. Es veranschaulicht für:

	Freie Gewerkschaften		Kirch-Dunderschen		Christliche	
	Mar!	in Prozent der Gesamtausgaben	Mar!	in Prozent der Gesamtausgaben	Mar!	in Prozent der Gesamtausgaben
Arbeitslosenunterstützung an Orte	2653396	7,2	567586	43,7	—	—
Streikunterstützung	13366933	36,1	—	—	—	—
Gemäßregelungenunterstützung	795208	2,2	—	—	853435	39,6
Arbeitslosenunterstützung auf d. Reise	758222	2,0	68597 ²	5,3	34464	1,6
Umzugsunterstützung	1181282 ¹	3,2	—	—	—	—
Sonstige Unterstützungen	4014401	10,9	—	—	277979	12,9
Summa	22769342	61,6	686184	49,0	1165878	54,1
Gesamtausgaben	36974717	100	1297819	100	2154438	100

¹ Einschließlich Beihilfen in Not- und Sterbefällen.
² Einschließlich Unterstützungen für Umzüge und Notfälle.

Bei den freien Gewerkschaften stellen demnach die Ausgaben für Unterstützungsarbeiten mit 61,6 Prozent einen weit größeren Teil der Gesamtausgaben dar als bei den Kirch-Dunderschen (49 Prozent) und den Christlichen (54,1 Prozent). Fast man die Streik- und Gemäßregelungenunterstützung, sowie die Arbeitslosenunterstützung am Orte und auf der Reise als Kampfausgaben im weiteren Sinne zusammen, so ergibt es sich, daß die freien Gewerkschaften für diese Zwecke 47,5 Prozent ihrer Gesamtausgaben verwenden, die Kirch-Dunderschen dagegen 49,0 Prozent und die Christlichen 41,2 Prozent. Auffallend ist es, daß die speziell als „Streikvereine“ bezeichneten freien Gewerkschaften einen geringeren Prozentfuß für direkte Streikunterstützung ausgeben als die Kirch-Dunderschen und sogar noch weniger als die „sanften“ Christlichen.

Das Resultat der Berufs- und Betriebszählung. Das vorläufige Ergebnis der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni d. J. in Preußen wird von der amtlichen Statistischen Korrespondenz mitgeteilt. Zum Vergleich sind die Ziffern der Volkszählung von 1906 daneben gesetzt. Es wurden gezählt:

Gesamtwahlungen	8 209 414	(8 094 408)
Männliche Personen	18 778 150	(18 398 903)
Weibliche Personen	19 204 510	(18 894 421)
Zusammen	37 982 660	(37 293 324)

An landwirtschaftlichen Betrieben wurden gezählt am 12. Juni 3 408 189. (Vor 12 Jahren, im Jahre 1895, waren es 3 808 126.) Gewerbetreibende und Gewerbeformulare wurden am 12. Juni ausgefüllt 1 872 262. (Vor 12 Jahren gab es 1 990 250 gewerbliche Betriebe.)

Trotz der enormen Vermehrung der Bevölkerung in zwölf Jahren sehen wir eine Verminderung von 112 000 Gewerbetreibenden. Treffender kann die Proletarisierung des Volkes nicht dokumentiert werden.

Wieder eine geplante Terroristensage. Der Schmied Pehnid wollte von vier seiner Mitarbeiter auf der Vulkanwerk in Stettin mißhandelt worden sein, weil er seinerzeit beim Streik nicht mitgestreikt hätte und der mehrfachen Aufforderung, dem Metallarbeiterverband beizutreten, nicht nachgekommen sei. Die Mitarbeiter wurden deshalb unter Anklage gestellt, aber auch gegen Pehnid wurde das Verfahren eröffnet. Vor dem Schöffengericht in Stettin schilderte der arbeitswillige Herr seine Not, die ihm die terroristischen Mitarbeiter verursacht hätten. Bei der Weisungsaufnahme ergab sich indessen, daß nicht er angegriffen und mißhandelt worden war, sondern daß er einen mitangeklagten Schmied in roher Weise belästigt und mit einem dicken Stanzholz bearbeitet hatte. Die übrigen drei Angeklagten hatten Pehnid, der sich wie rasend gebärdete, von weiteren Angriffen auf sein Opfer abgehalten. Infolgedessen sah selbst der Amtsanwalt sich veranlaßt, die Freisprechung der vier „Terroristen“ zu beantragen. Diese erfolgte auch; dagegen wurde der schon zweimal wegen Missetaten vorbestrafte arbeitswillige Herr Pehnid zu der milden Geldstrafe von 30 M. verurteilt.

Die Ausbeutung muß größer sein! Zu dem auch von uns ausgedruckten wiedererhaltenen Artikel des Vorwärts 100 000 Arbeiter gleich 64 1/2 Millionen Mark Reingewinn, in dem nachgewiesen wurde, daß in den Aktiengesellschaften aus jedem Arbeiter 644 M. Reingewinn für die Aktionäre pro Jahr herausgepreßt werden, bemerkt die Deutsche Tageszeitung: „Die Summe von 644 M. scheint nur hoch. Wenn ein einzelner Geselle seinem Meister im Jahre nicht mehr als soviel einbringen sollte, so schafft dieser ihn ab.“

Ein unbezahlbares Geständnis, daß sich für die Agitation ganz prächtig verwerten läßt. Offentlich wird diese Auslassung unserer Unternehmern sehr oft unter die Nase gerieben.

Errichtung eines großen Steinmehlwerkes. Der Hof-Steinmehlmüller Schilling, Berlin, kaufte den Winterden Steinbruch in Goldbach bei Reinerz (Schlesien). Wie wir erfahren will Schilling einen großen Steinmehlmühlwerk errichten.

Submissionsblüte. In Leipzig wurden am 18. November die Steinmehlarbeiten zum Realgymnasium vergeben. Höchstforderer war Krämer mit 29 400 M., der niedrigste Müller mit 28 500 M. Die beiden Meister sind aus Leipzig und die Differenz von 900 M. erscheint uns bei diesem Objekt einfach unerklärlich.

Eine Seltenheit. Ein seltenes Vorkommnis wird aus Woltersdorf bei Erkner gemeldet. Die dortigen Zigarettenfabrikanten Kühne und Wustrow erklärten ihren organisierten Tabakarbeitsern und Arbeiterinnen bei der letzten Lohnzahlung, daß sie in Anbetracht der gestiegenen Lebensmittelpreise von jetzt ab das Mille mit 8,75 M. bezahlen wollten, was die Arbeiter auch an ihren Löhnen sahen. Da bei diesen beiden Firmen der bisherige Minimallohn pro Mille 8 M. betrug, so ist das eine Lohnaufbesserung um 75 Pfa. pro Mille, ohne daß die Arbeiter Forderungen gestellt hätten. Es ist dies um so anerkannterwerter, wenn man bedenkt, mit welchen Opfern sonst den Herren Unternehmern die kleinsten Lohnaufbesserungen abgerungen werden müssen. Andererseits kann man daraus ersehen, daß die Unternehmer oft sehr wohl den Forderungen der Arbeiter gerecht werden können, wenn sie den üblichen Herrenstandpunkt verlassen wollten.

Zentrumsleute unter sich. Wegen die interkonfessionellen Gewerkschaften hat neulich in einer Verbandsitzung der katho-

lichen Arbeitervereine zu Markt Pfarrer Dr. Rober-Sulzbach gemeldet. Nach der St. Johanner Volkszeitung hielt dieser Herr ein Referat über den Reformkatholizismus und führte dabei aus, daß Bestreben der Reformkatholiken gehe hauptsächlich dahin, alles interkonfessionell zu gestalten, weil man meine, damit Andersgläubige zu gewinnen. Beispiele hierfür seien u. a. der Artikel: Aus dem Krum heraus, die Umwandlung des anfangs katholischen Windthorstbundes in einen interkonfessionellen Verband und schließlich die interkonfessionellen Gewerkschaften. Wegen dieser Anschauungen wird der Herr Pfarrer von der kirchlichen Saarpflicht scharf angegriffen. Sie nennt seine Rede ein M a s s e n b e r e i m u n g in ungeheuerlichsten Stile und dazu einen haarsträubenden W i d e r s i n n, weist darauf hin, daß der Kardinal von Köln die christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften warm empfohlen habe, und daß mehrere Bischöfe diesen Arbeiterorganisationen freundlich gegenüberstehen, bemerkt, daß Papst Pius X. im Januar 1906 erklärt habe, daß er „mit gleichem Wohlwollen beide Formen der Arbeiterorganisationen, die der christlichen Gewerkschaften wie die der beruflichen Fachabteilungen umfasse“.

Das Blatt schließt mit voller Entrüstung: „Mit lauterster Empörung verurteilen wir die frivole Annahme dieses Schreierstums, das sein politisches Gegenstück hat in dem großmäuligen Hipp-Hipp-Hurra-Patriotismus gewisser jaarabischer Liberaler!“ Ist das Sauherdentum oder nicht? Und diese Elemente gehören zu denen, die nicht Worte „sittlichen Hohns“ genug finden können, wenn Sozialdemokraten Meinungsdivergenzen zum Ausdruck bringen.

Von wem „christliche“ Arbeitersekretäre ausgehalten werden, erfuhr man in einer Zentrumsräterversammlung, die vor einigen Tagen in Bonn stattfand. In dieser Versammlung hat der Zentrumsführer Dr. Abs ausgesprochen, daß der Arbeitersekretär in Bonn von hervorragenden Katholiken ausgehalten wird; diese leisteten einen namhaften Beitrag zu seiner Freistellung. Und ein solchermaßen bezahlter „Arbeitersekretär“ soll dann die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen?

Wir haben uns überhaupt schon lange gewundert, von wem werden denn diese christlichen Sekretäre bezahlt, denn in jedem ultramontanen Städtchen gibt es eine solche Persönlichkeit. Nun, Dr. Abs hat ja aus der Schule geplaudert.

Der Arbeitswillige mit dem Schlagring. Die Königsberger Volkszeitung berichtet folgendes aus einer Verhandlung der Königsberger Strafkammer:

In einer Verhandlung gegen einen Schweizer, der sich wegen eines Noheitsbetrugs zu verantworten hatte und auf Grund der Weisungsaufnahme schließlich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, entpand sich vor der 1. Strafkammer folgendes Gespräch:

Der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Schubert, fragte den Angeklagten nach der Herkunft des Schlagrings, mit dem er die Tat begangen hatte.

Darauf antwortete der Angeklagte: „Den habe ich in Geseftmünde gekauft.“

Herr Schubert: „Ist es denn in Geseftmünde so gefährlich, daß Sie dort einen Schlagring brauchen!“

Der Angeklagte: „Ja, da war Streif...“

Herr Schubert: „Aha, da haben Sie wohl Streifposten gestanden und brauchen den Schlagring?“

In dem Augenblick machte ein beiführender Landgerichtsrat, Herr Lublin, eine leider unverständliche Bemerkung. Nach seiner Miene zu schließen, konstatierte er, daß wieder einmal Streifterrorismus vorliege.

Der Angeklagte sagte gleich darauf: „Nein, ich habe gearbeitet.“

„Ach so“, sagte der Herr Schubert, „aber deshalb brauchen Sie doch keinen Schlagring...?“

Wieder ein Beispiel davon, wie weltfremd die Leute sein können, denen im heutigen Klassenstaat die Rechtspflege anvertraut ist.

Neue Schikanen gegen die russischen Gewerkschaften. Die Ansumme von allen möglichen „gesetzlichen“ und ungesetzlichen Hindernissen, mit denen die Gewerkschaften in Rußland zu kämpfen haben, ist noch um einen neuen juristischen Kniff, den der Senat ausgeheckt hat, vermehrt worden. In den letzten Tagen wurde dem Senat in Anbetracht der unter den Organen der lokalen Administration entstandenen Meinungsdivergenzen die Frage zur Begutachtung vorgelegt, ob die Gewerkschaften das Recht hätten, öffentliche Schauspiele, Konzerte usw. auszuführen. Der Senat fand, daß im Sinne des bestehenden Versammlungsgesetzes öffentliche Schauspiele, Konzerte und Abende als öffentliche Versammlungen anzusehen seien und das Gesetz sehe das Arrangieren solcher Versammlungen nur für einzelne Personen, und nicht für Gesellschaften vor. Demzufolge ist nach der Meinung des Senats zu konstatieren, „daß die Gewerkschaften das Recht zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nur in dem Falle hätten, wenn ein besonderer Hinweis in dem betreffenden Gesetz vermerkt wäre.“ Da aber in den provisorischen Bestimmungen vom 17. März 1906 für die Berufsorganisationen ein solcher Hinweis nicht enthalten ist, kommt der Senat zu dem Schluß, daß „das Recht der Abhaltung von öffentlichen Versammlungen für die Gewerkschaften nicht vorgesehen ist“. Der Senat in Rußland ist nicht als „höchstes Organ zum Schutze der Geseftlichkeit“, sondern als Helfershelfer der Polizei, der gehorham alles, was der herrschenden Clique un bequem ist, „aufklärt“, anzusehen. Davon singen schon längst die Späßen auf den Dächern und die neue „Aufklärung“ des Senats wird in dieser Beziehung wohl niemand in Erfanden sehen. Es macht sich ja in letzter Zeit unter den Verbänden das Streben bemerkbar, gerade die auflärende Tätigkeit der Verbände durch Einrichtung von Bibliothek n sowie durch Arrangierung von Vorlesungen, Schauspielen, Konzerten und dergleichen zu verstärken. Warum soll der „Schutzherr der Geseftlichkeit“ nicht die Scharfrichterarbeit der Polizei in bezug auf die Gewerkschaften unterstützen?!

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. November. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranzens- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inerate, X. = Extrasteuer.)

- Schwarzendach, B. 467.—, E. 950, M. 125, X. 328.—; Bingen, X. 8.—; München-Glabach, B. 84.—, K. 250; Nienburg, B. 230; Alsbien, B. 60,80; Altmund, B. 6,60, Div. 0,20; Niders, B. 168.—, E. 0,25, K. 4.—, X. 6.—; Otterbach, B. 46,34; Lütling, B. 95.—, M. 28.—; Hemsbach, B. 21.—, E. 5.—, K. 1.—, X. 4.—; Eberbach (Baden), B. 96,14, E. 2.—, K. 0,60; Brüd, B. 76.—, E. 1,50, K. 3.—, M. 0,35, X. 7.—; Erenen, B. 46.—, K. 8.—; Preßlau II, B. 184.—; Gasserode, B. 1035.—, K. 14.—; stamen, B. 224,70, E. 6.—, K. 1.—, M. 1.—, X. 31.—; Melbra, B. 63.—, E. 1.—, X. 1.—; Königsbrüd, B. 198,24, E. 10,50; Kaganatata, B. 170,20, K. 2,05; Plagwitz-Böwensberg, B. 184.—, K. 4.—, X. 25.—; Mittelstene, B. 89,48, E. 8,75, K. 17,30, M. 2,90, X. 81,50; Reiffenhäusen, B. 84.—, K. 20.—; Striegau, B. 79,68; Wenig-Mackwitz, B. 460.—; Barlinghausen, B. 5,50; Garbura, B. 3,30, X. 3.—; Neumünster, B. 4,50; Lohst, B. 1,65, K. 0,20; Ropenhagen, Ab. 4,44; Konstanj (Fink), B. 1,75, E. 0,50, Div. 0,25; Abiling, B. 110,40, K. 0,60; Jena, 188.—, E. 6.—, K. 2.—, M. 20, X. 8.—; Kassel II, B. 46.—, K. 3,50; Kappelrodt, B. 46.—, X. 82.—; Madweiler, B. 80,78, E. 8.—, K. 4,60, M. 0,20, X. 21.—; Waldürn, B. 126.—, E. 1,50, K. 10.—; Wolfshagen, B. 168.—, K. 2.—; Würzburg, B. 51,52, K. 0,30; Redlinghausen, B. 4,96; Aunkirchen, B. 88.—, E. 18.—; Baugen, B. 84.—, M. 2,50; Osterweld, B. 228,06, E. 2,25.

- K. 5,40, X. 60.—; Zargau, B. 4,95; Sübbede, B. 14,30; Löwenberg (Rühnel), B. 11.—, K. 0,40, X. 8.—, Div. 0,15; Preßlau (Sch.), Ab. 0,90; Blankenburg, B. 137,68, E. 6.—, K. 10.—, M. 0,50, X. 84,50; Ehemach, B. 163,30; Einbed, B. 53,36; Bede, M. 18,75, X. 50,50; Weiffenfels (E.), 0,55, Div. 0,25; Bunzlau, B. 312,25, X. 5,50; Garbheim, E. 4.—, K. 6,20, M. 1.—, X. 20.—; Fehensbach, K. 2.—, M. 2,50.

Ludwig Geist, Kassierer.
J. B. Herm. Siebold.

Allgemeine Bekanntmachungen.

München. Die Vertrauensleute werden ersucht, dem Steinmehlg Karl Schünemann, geb. am 5. Juli 1888 in Schwern, sein neues Buch auszustellen, da er letzteres in Unordnung bei mir liegen hat. Zugleich bitte ich um die Adresse des betreffenden Kolonnen. — Um Mitteilung des jetzigen Aufenthaltsortes vom Steinmehlg Julius Wagner, geb. am 28. Oktober 1879 in Schwäbisch-Gmünd, ersucht

Kaver Käfer, Kassierer, Holzstraße 33, Hgb. III.
Friedrich Roth sind seine neuen Interimskarten auszustellen. Ihre Verbandspapiere liegen in größter Unordnung hier.
S. Wolf, Kassierer.

Meißen (Sachsen). Der Kollege Michael Zielzer, Postreter, wird gebeten, seine Adresse umgehend an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.
E. F. Krämer, Kaiserstraße 23.

Greifswald (Richtelgebirge). Ersuche die Vertrauensleute aller Zahlstellen, daß dem Steinmehlg Hans Ernstberger, geboren am 31. Mai 1881 in Mühlbühl (Interims-Karte Nr. 29031), seine neue Karte auszustellen ist, da die alte noch hier liegt und auch stark in Unordnung sich befindet.
Johann Hahn, Vertrauensmann.

Berlin I. Bei der Abstempelung des Versammlungsbeschlusses ist dem Kollegen Gustav Zimmermann, geb. am 13. Mai 1855, die Invalidentarte abhanden gekommen. Vermutlich ist dieselbe von einem anderen Kollegen aus Versehen eingesteckt worden. Es wird gebeten, die Karte bei W. Faber, Stephanstraße 11, abzugeben.

Adressen-Änderungen.

Zechendach. Vors.: Joseph Klingensbed. Kass.: Rudolf Beuner.

Niders. Kass.: Georg Butschik.

Altkleiningen. Kass.: Heinrich Schumacher.

Heidingsfeld. Kass.: Christoph Schwind, Klingenstr. 282.

Ensbürg. Kass.: Karl Schüh, Oberhaufener Straße 87.

Lützenbach. Kass.: Georg Fuggenthaler.

Neue Zahlstellen.

Gelsenkirchen. Vors.: Karl Hopf, Wattenscheid, Südstr. 10.
Kass.: Karl Scholz, Gelsenkirchen, Schwalferstraße 129a.

Briefkasten.

Egenscheid. Der Mann hat leider keinen Anspruch auf Rente. — 2. Schiefen. In dem gemeldeten Falle wäre § 230 des Reichs-Strafgesetzbuches maßgebend. Der errie Ablass heißt: „Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“ — 3. Mit diesem Blatte zu diskutieren lehnen wir ab. Wir wollen uns doch nicht mit bewußten Fälschern abgeben. — 4. München. Die Berichterstattung war fit. Viele Grüße, auf Wiedersehen.

Die schon zum zweitenmal ausgegebenen Fragebogen über die bestehenden Tarifverhältnisse sind noch nicht alle eingegangen. Wir bitten dringend, daß uns die noch fehlenden Bogen umgehend übermittelt werden.

Für diese Nummer mußte des Wochentages wegen schon am Montag Schluß der Redaktion gemacht werden. Die Expedition wurde am Dienstag, den 19., bejort; mehrere Adressenänderungen konnten somit keine Berücksichtigung mehr finden.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Technische Selbstunterrichtswerke

System Karnack-Hachfeld
Baugewerksmeister, Maurermeister, Bautechniker, Architekturzeichner, Polier, Tiefbautechniker, Strassenbautechniker, Wasser- u. Brückenbautechniker, Kultur- und Wiesenbautechniker, Stukkateur, Steinmetzmeister. Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen.
Bonness & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Spezialhaus für Berufskleidung

— Eigene Anfertigung —
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zadetts, Gosen
Emil Keidel, Hamburg 6
= Bartenstraße 101. =

Tüchtige Maschinenschleifer

finden bauende Beschäftigung.
Granit- und Diabas-Werk Baumholder
Baubstation Heimbach (Rhe).

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Berlin I. Am 10. November starb im Alter von 42 Jahren unser Kollege Karl Schubot an der Berufskrankheit.

Bunzlau. Am 7. November starb im Alter von 40 Jahren unser Kollege Gustav Neuhofer an der Berufskrankheit.

Franckenstein. Am 10. November verstarb im Alter von 34 Jahren unser Kollege Christoph Koppenhöfer an der Berufskrankheit.

Leipzig I. Am 16. November starb im Alter von 55 Jahren unser Kollege Joseph Leitner an der Berufskrankheit.

Niederlamsitz. Am 12. November verstarb im Alter von 39 Jahren unser Kollege Michael Raithel an der Berufskrankheit.

Handersacker. Am 10. November verstarb im Alter von 20 Jahren unser treuer Verbandskollege Otto Gerhard an Blinddarmentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die rechtliche Grundlage des Tarifvertrages.

In einer vom Gewerkschaftsverein München einberufenen Delegiertenversammlung sprach Gewerberichter Dr. Gessler über die rechtliche Grundlage des Tarifvertrages. Wir entnehmen dem interessanten Vortrage folgendes:

In der späteren Zeit des Altertums wurde die Arbeit von Sklaven geleistet, der freie Mann hielt es unter seiner Würde, Handarbeit zu verrichten. Das Altertum hatte daher kein ausgebildetes Arbeiterrecht, vor allem hat das römische Recht, das im großen und ganzen die Grundlage für unser modernes Recht bildet, über den Arbeitsvertrag nur ein paar dürftige Bestimmungen; es behandelt den Arbeitsvertrag als eine Art Sachmiete. Der Sklave selbst hatte überhaupt kein Recht, er war Sache. Im Mittelalter muß man unterscheiden zwischen der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, die im Hörigkeitsverhältnis stand; die Arbeitsbedingungen zwischen Grundherren und Grundholden wurden festgesetzt durch den Grundherrn. In den Städten dagegen haben wir einen freien Gewerbebestand; Stadtluft macht frei, sagt daher ein altes Sprichwort. Aber das Arbeitsrecht wurde nicht geschaffen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern durch Zunftordnungen, sogenannte Statuten. Bei diesen Zunftordnungen hatte der Gehilfe oder Lehrling nichts mitzureden. Das 19. Jahrhundert hat mit diesem allem aufgeräumt, man war jetzt der Meinung, wenn keine Bestimmungen da seien, müßte sich von selbst eine gewisse natürliche Harmonie herstellen; man regelte die Beziehungen des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch den freien Arbeitsvertrag. Allein die Sache hatte einen Haken. Der freie Arbeitsvertrag bestand darin, daß die Arbeitsbedingungen vom Arbeitgeber einseitig hergestellt wurden, der Arbeiter hatte nur die Wahl, beim Abschluß ja oder nein zu sagen. Seine wirtschaftliche Lage zwang ihn regelmäßig, ja zu sagen. Zunächst griff nun die Gesetzgebung ein und beschränkte den freien Arbeitsvertrag durch die sogenannten Arbeiterschutzgesetze. Im wesentlichen blieb aber doch der Arbeitsvertrag unberührt, so daß gegenwärtig die Rechtslage so ist, daß die Grundlage des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer noch der Einzelvertrag bildet. Die wirtschaftliche Entwicklung hat uns auch die Koalitionsfreiheit gebracht, das Recht der Arbeiterschaft, sich zu organisieren und in der Stellungnahme gegenüber der Arbeitgebererschaft gemeinsam in Aktion zu treten. In den Bestimmungen über die Koalitionsfreiheit liegt die Wurzel der Tarifverträge. Selbstverständlich kann eine Gewerkschaft praktisch nur Bedeutung für die Arbeiter haben, wenn es gelingt, mit Forderungen über Lohn und Arbeitszeit an die Arbeitgeber heranzutreten. Es besteht also nach dieser Richtung parallel mit den gesetzlichen Einschränkungen der individuellen Vertragsfreiheit das Bestreben, durch Koalition die Vertragsfreiheit einzuschränken und dafür zu sorgen, daß die Arbeitgeber mit dem Arbeitnehmer nicht mehr beliebige Arbeitsbedingungen festsetzen können. Während die gesetzlichen Bestimmungen über den Einzelvertrag unmittelbar Geltung haben, hat das Gesetz zu den Tarifverträgen noch nicht Stellung genommen. Die Frage ist nun die: Wie weit ist es möglich, die Einzelverträge noch dadurch einzuschränken, daß zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Abmachungen getroffen werden, mit denen Einzelverträge nicht im Widerspruch stehen dürfen? Das ist das Problem, und um es zu lösen, können wir uns nur dadurch helfen, daß wir auf den Rechtsgrundsatz der Vertragsfreiheit im allgemeinen zurückgreifen. Schließt eine Gewerkschaft mit einem Arbeitgeberverbande oder einem einzelnen Arbeitgeber einen solchen Tarifvertrag, so ist dieser Vertrag der Ausfluß der allgemeinen Vertragsfreiheit und als solcher gültig. Vor drei Jahren hat sich das Reichsgericht allerdings auf einen

Standpunkt gestellt, der das Wesen des Tarifvertrages vollständig verkennt. Das Reichsgericht nahm an, der Tarifvertrag sei selbst eine Koalition und nach der Gewerbeordnung § 152 und § 153 stehe jedem Vertragsschließenden der Rücktritt frei. Das Reichsgericht hat somit die Rechtswirksamkeit der Tarifverträge geleugnet. Mit dieser Anschauung ist das Reichsgericht jedoch allein geblieben. Erkennende Gerichte und die Literatur erklärten sofort, daß es sich bei einem Tarifvertrag nicht um Koalition, sondern um Abmachungen zwischen Organisationen handle. Die Oberlandesgerichte Nürnberg und Kiel sprachen aus, daß der Tarifvertrag nicht unter die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung falle, sondern ein modernes Rechtsgebilde sei, herausgewachsen aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Man darf daher sagen, daß gegenwärtig kein Mensch mehr, wohl auch das Reichsgericht nicht, die rechtliche Wirksamkeit des Tarifvertrages bezweifelt.

Welche Wirkungen hat der Tarifvertrag? Hier sind zwei Dinge scharf zu trennen, nämlich das Verhältnis zwischen den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Schließt beispielsweise der Maurerverband mit dem Arbeitgeberverbande im Baugewerbe einen Tarif, so gilt die zwischen beiden getroffene Abmachung zunächst nur für sie selbst. Der Arbeitgeberverband übernimmt die Verpflichtung, daß seine Mitglieder künftig keine Verträge abschließen, die im Widerspruch stehen mit dem Tarifvertrag, und der Maurerverband übernimmt die Verpflichtung, für die Dauer des Vertrages von jeder Lohnbegleichung abzusehen. Welche Wirkung hat es aber, wenn Angehörige der beiden Verbände einen tarifwidrigen Einzelvertrag abschließen? Der Tarifvertrag ist nur ein Rahmen, unter dem die Einzelverträge abgeschlossen werden müssen. Wie weit ein einzelnes Mitglied gezwungen ist, den individuellen Vertrag in Uebereinstimmung mit dem Tarifvertrag abzuschließen, darüber gehen die Anschauungen weit auseinander. Ein Teil der Juristen sagt, wenn solche tarifwidrige Einzelverträge abgeschlossen sind, sind sie gültig, denn wir haben Vertragsfreiheit, und der Tarifvertrag bindet den einzelnen nicht, die Organisation kann höchstens bei der anderen Organisation vorstellig werden, daß der Betreffende, der einen tarifwidrigen Vertrag abschloß, aus der Organisation entfernt wird. Ein anderer Standpunkt wird von den Gewerberichtern, von der Praxis, eingenommen, und ein Teil der Theoretiker ist der gleichen Ansicht, daß nämlich tarifwidrige Verträge nichtig sind, soweit sie Verschlechterungen enthalten. Schließt zum Beispiel ein Maurer tarifwidrig einen Vertrag, in dem statt 5 Mk. ein Tagelohn von 3 Mk. ausgemacht wird, so ist diese Abmachung nichtig und der Maurer könnte seinen tarifmäßigen Lohn verlangen. Dies war lange Zeit die Praxis bei den Gewerbegerichten, die rückwärtslos durchgeführt wurde. Doch hat dieser Standpunkt zu Schwierigkeiten geführt. Es kam z. B. gerade bei handwerksmäßigen Betrieben vor, daß ein nichtorganisirter Gehilfe eintrat, einen niedrigeren Lohn vereinbarte und etwa ein halbes Jahr lang arbeitete. Ein tariftreuer Arbeiter blieb dagegen arbeitslos. Wandelte den um niedrigeren Lohn arbeitenden Gehilfen die Lust an, München wieder zu verlassen, so löste er sein Arbeitsverhältnis, klagte den Meister beim Gewerbegericht um die Lohndifferenz ein, erhielt sie auch zugesprochen und verließ München, mit anständigem Reisegeld versehen. Durch derartige Vorkommnisse wurde natürlich das Gegenteil erreicht, was man mit dem Tarifvertrag wollte, und als sich solche Fälle häuften, beharrte zwar das Gewerbegericht darauf, daß ein tarifwidriger Vertrag an sich nichtig bleibt. Hatte aber der Gehilfe Kenntnis von dem Umstande, daß er unter dem Tarif entlohnt werde, und nahm er am Tagelohn trotzdem die geringere Summe an, so nahm das Gewerbegericht an, daß er auf die Differenz verzichtet habe. Diese Praxis hat sich durchgesetzt und war bisher von gutem Erfolg begleitet. Er schützt den tarif-

treuen Arbeitgeber und den tariftreuen Arbeiter gegen Tarifbruch, den ersteren gegen Schmutzkonkurrenz, den letzteren gegen Arbeitslosigkeit.

Der Tarifvertrag will Lohnverbesserungen nicht verhindern. Zahlt der Arbeitgeber höheren Lohn als im Tarifvertrag festgelegt ist, so ist dies selbstverständlich statthaft. Der Tarifvertrag bestimmt nur die untere Grenze. Manchmal läßt sich aber schwer bestimmen, ob diese oder jene Bedingung des Einzelvertrages eine Verbesserung ist. Häufige Streitfälle ergeben sich bezüglich der Kündigungsfrist. Oft wird — entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages, der eine Kündigungsfrist ausschließt — eine längere Kündigungsfrist vereinbart. In Friedenszeiten ist eine vierzehntägige Kündigungsfrist wohl eine Verbesserung; sie gewährt eine gewisse Garantie, daß das Arbeitsverhältnis nicht von heute auf morgen gelöst werden kann. Anders ist die Sache aber, wenn es zu einer Lohnbewegung kommt. Hier kommt es — für Arbeitnehmer und Arbeitgeber — darauf an, möglichst geschlossen in die Aktion zu treten. Man wird daher gut daran tun, den Tarifvertrag, der Kündigung ausschließt, ausdrücklich dahin zu ergänzen, daß gegenseitige Abmachungen ungültig sind. Dann ist eine Verlängerung der Kündigungsfrist unstatthaft. Wichtig wird die Frage der Kündigungsfrist auch, wenn ein Tarifvertrag gekündigt wird. Ist im Tarifvertrag (ohne den oben erwähnten Zusatz) lediglich Kündigung ausgeschlossen, besteht aber im Einzelvertrag eine vierzehntägige Kündigungsfrist, so bleibt die vierzehntägige Kündigungsfrist in Kraft, auch wenn der Tarifvertrag abgelaufen ist. In einem solchen Falle muß also der Arbeitgeber, wenn er zu den alten Bedingungen nicht mehr weiter arbeiten lassen will, seinen Arbeitern kündigen. Der Ablauf des Tarifvertrages hat rechtliche Bedeutung für den Einzelvertrag solange nicht, als der Einzelvertrag nicht gekündigt ist. Das wäre das wesentliche, was zu sagen wäre über die Wechselbeziehung zwischen Tarifvertrag und einzelnen Arbeitsverhältnissen.

Für wen gilt der Tarifvertrag? Die Antwort auf die Frage lautet: zunächst für die, die ihn abgeschlossen haben. Kann der Tarifvertrag auch für Nichtorganisierte gelten? Bei Abschluß eines Tarifvertrages geht die Absicht regelmäßig dahin, daß alle Arbeiter in den betreffenden Betrieben den tariflichen Lohn bekommen. Weder dem Arbeitgeber noch der Organisation wäre damit adient, wenn in einem Betriebe zwei verschiedene Klassen von Arbeitern geschaffen würden, die verschiedenen Lohn bekämen. Und die Praxis behandelt deshalb beide gleich. Rechtlich ist aber die Sache zweifelhaft. Welche Bedeutung hat aber der Tarifvertrag für nichtorganisierte Arbeitgeber? Für diese gilt er nur, soweit sie nicht etwas anderes vereinbaren. Begründet wird diese Gültigkeit des Tarifvertrages für nichtorganisierte Arbeitgeber mit der Ortsüblichkeit. Der Tarif muß von den nichtorganisierten Arbeitgebern auch jenen von auswärts kommenden Arbeitern bezahlt werden, die sich aus Unkenntnis darüber, daß ein Tarif existiere, zu niederem Lohne verdingten. Hier kann die Einrede nicht gemacht werden, daß sie am Tagelohn nicht protestieren und auf die Differenz verzichten; denn da sie vom Tarifvertrag keine Kenntnis hatten, konnten sie auf die Differenz auch nicht Verzicht leisten.

Zum Schluß soll noch die Frage erörtert werden, ob der Tarifvertrag gesetzlich geregelt werden soll. Meine persönliche Ansicht ist: Wird der Tarifvertrag gesetzlich geregelt, dann wäre zunächst alles vom Nebel, was über den einen Paragraphen hinausgeht, der heißen müßte: Einzelverträge, die im Widerspruch mit dem Tarifvertrag stehen, sind nichtig. Alles andere sollte man ruhig der weiteren Entwicklung überlassen. Wir kommen viel rascher zu gesünderen Verhältnissen, wenn man auf dem bisher beschrittenen Wege weitergeht; man übertrage die Ausgestaltung des Tarifvertrages den Gänden, in denen sie jetzt liegt, den Schlichtungskommissionen, Schiedsgerichten und Gewerbegerichten, die von sachkundiger Seite aus beiden Lagern beraten sind und ganz von selbst zu richtigem Er-

Der Tag der Toten.

Der Herbst predigt uns am Festtage der Toten deutlich die Vergänglichkeit alles Seins. Der rauhe Wind jagt die Blätterleichen im tollen Wirbel vor sich her, die kahlen Felder, das abgestorbene Grün mahnt uns an den Tod. Ja, alle Menschen müssen sterben, alles Fleisch vergeht wie Heu. Wir wandern an diesem Tage inmitten der sterbenden Natur auf die Friedhöfe zu lieben Gräbern und denken, wann wir wohl auch ruhen werden. Was ist der Tod? fragen wir uns da unwillkürlich.

Wenn wir uns mit dieser Frage näher befassen wollen, so müssen wir dem Tod fest ins Antlitz sehen und seine Züge zu enträtseln suchen. Wer bist du? fragen wir mit all den Völkern und Generationen, die über sein Wesen Aufschluß suchten. Was machst du mit uns und aus uns? Wir mühen und sorgen uns das ganze Leben hindurch, wir arbeiten und streben und freuen uns, daß wir dies und jenes erreicht haben — und schaffen wir nicht bloß für ein Nichts? berweht und zerfällt nicht alles, was das Laub, das jetzt dahinjrauscht, wir wissen nicht, wohin? Vermordert nicht unser Leib, stirbt nicht die ganze Menschheit einst ab, ja, der Erdball, wird nicht auch dieser einst zu existieren aufgehört haben? Wozu das alles? wozu das Spiel des Lebens; wozu der Wahn von Freud und Leid, Hoffen und Mühen, wozu die Geschichte der Jahrhunderte mit ihren Kämpfen und Fortschritten, wozu?

Und wie antwortet voll Majestät die Natur, das Univerfium? „Die Staubchen, die vor Jahrmillionen waren, habe ich nicht verloren; die Kräfte, die vor Ewigkeiten sich regten, ich habe sie erhalten.“ — So sehen wir denn die Wäume sich jetzt entblättern, damit sie reicheren, volleren Grün im nächsten Frühjahr Raum schaffen, sehen die Menschen sterben, um weiterlebenden Generationen Platz zu machen, sehen die Weltkörper zusammenstürzen, um sich zu neuen, vollkommeneren Weltsystemen zu gestalten.

Doch dieses ewige Leben, dieser rastlose Werbedrang genügt so manchem nicht. „Was nützt mir das Leben künftiger Menschen und künftiger Welten, unter denen ich ja nicht mehr weile“, meint dieser, „was kümmert mich das, was nach mir kommt, wenn ich doch nicht dabei bin, wovon ich nichts sehe, höre und weiß.“

Ja, der Mensch, welcher nur für sich lebt und weht, deutet und lort, Leid und Freud für sich behält, der zittert allerdings

vor dem Tode. Wer sein Leben für sich behalten will, der verliert es beim Tode; wer es dem großen Ganzen weicht, der weiß es der Ewigkeit. Lehrt doch die Geschichte, wie viele Helden für Glück und Zukunft, für Freiheit und Gleichheit heiß stritten und freudig fielen.

Stirbt der Familienvater und läßt die Seinen in gesicherten Verhältnissen zurück, so stirbt er leicht, mit dem Bewußtsein, daß seine Familie der Zukunft ohne Furcht entgegensehen kann. Wenn eine Mutter in Krankenpflege oder sonstiger Aufopferung ihr Leben preis gibt zur Genesung des Kindes, des Gatten, so stirbt sie gerne für die Geretteten. Kurz, das Leben und Geschehen n a c h u n s ist keine bloße leere Vorstellung, sondern das tragen wir schon jetzt in lebendigem Empfinden in uns. Wir müssen uns entschieden zu lebendigem Bewußtsein bringen und nicht egoistisch einzig an uns denken. Noch und verächtlich wäre es, wenn man der Menschheit wehren wollte, in der Sorge für die Zukunft Befriedigung zu finden. Welch erbärmlicher Vater, der auf dem Sterbebette nur fluchte, daß er gehen müsse und die Seinen noch bleiben können, der daran dachte, wie er Weib und Kind im Elend läßt und hätte nicht im mindesten den Wunsch, ihnen übers Grab hinaus Gutes zu tun! Wo sollten geniale Geister noch aufsteigen, wenn der Gedanke an die zukünftige Menschheit in niemandem lebte, wenn es keine irdische Unsterblichkeit des Namens und der Werke gäbe?

Diese Auffassung des Todes ist geeignet, die Menschen wahrhaft zu erziehen, ihren Sinn auf Grobe und Weite, auf die Ewigkeit zu richten. Er fordert mit unerbittlicher Strenge und zwingender Gewalt von uns, für die Menschheit zu leben, der Selbstsucht zu entsagen. Wer auf ewig mit aller Macht sich an sein Ich klammert, nur an die Wohlfahrt der eigenen Person denkt, ohne Rücksicht auf das Fortkommen anderer, der beweist eben, daß er noch nicht reif ist für solch weitherziges Umfassen des großen Ganzen, für ein dienendes Aufgehen in höheren Zielen, im unendlichen All.

Wer beständig daran denkt, daß er nicht für sein Ich ganz allein nur da ist, sondern für Familie, Volk, Menschheit, für Fortschritt und Zukunft, der erhebt sich über kleinliche Gefühle, lernt das Dasein von großen Gesichtspunkten aus kennen und legt sich gerne dann in die Arme des Todes. Er löst alle Wirrnisse, endet alle Leiden, versöhnt allen Streit, gibt allen Müden ewige gute Nacht.

E. Schröbel.

Die Diebe.

Da war einmal ein kleiner Dieb,
Der stahl ein Brot dem Kind zum Lieb,
Und wurde schier gefangen
Und konnte erst in Jahr und Stund',
Trotz sein und seines Weibes Mund,
Die Freiheit wieder erlangen.

Dem andern war's Glück auch nicht hold;
Stahl einem Filz; 'nen Eck mit Gold
Durch Einbruch stahl und wähtens;
Und eh' noch ein halb Jahr verging
Er an Gebat'er Dreiein hing,
Und das „Von wegen Rechtsens“.

Der dritte war ein großer Dieb:
Der stahl sich ganz allein zum Lieb
Der Menschen Ehr' und Rechte
Und stahl und Länder obendrein,
Dem taten sie Rufmesop'er weih'n,
Und dienten ihm wie Knechte!

Nun weiß ich doch wahrhaftig nicht,
Wie solch ein dummes Ding geschieht,
Und sollte doch vernehmen,
Daß, wenn auch Gott das Urteil lenkt,
Der dritte Dieb viel höher hängt
Als wie die beiden Kleinen!

D o l f G l a s b r e n n e r .

Apophorismen.

Man weiß jetzt: Daß man weder kämpft noch siegt ohne die Massen, . . . daß für neue Ereignisse es auch neuer Menschen bedarf, nicht solcher, die der Herrschaft alter Gewohnheiten und alter Systeme unterworfen sind: Menschen, rein an Seele und ohne Eigennutz, mächtig im Born und in der Idee, und eins geworden mit ihrer Idee. Mazzini.

Die Reiber sterben wohl,
Doch nimmermehr 'r Reid,

gebnis kommen, besonders wenn beide Teile sich auf den Standpunkt stellen: Treu und Glauben für die Auslegung und rücksichtslose Strenge gegen Tarifbrüchige. Kleine Zwischenfälle werden sich nie vermeiden lassen, aber sie werden immer mehr verschwinden, je mehr sich der Tarifvertrag im Volke einlebt. Wenn wir aber einen umfangreichen Tarifvertrags-Gegentwurf vorgelegt bekämen, so könnte er leicht zu einer Fesselung der ganzen Entwicklung führen.

Ueber gewerkschaftliche Agitation.

Ueber dieses Thema schreibt Gen. August Winnig (Hamburg) in der Neuen Zeit folgendes:

Unsere gewerkschaftliche Agitation besteht oder bestand wenigstens in den letzten Jahren vornehmlich aus mehr oder minder zwingenden Hinweisen auf die verbesserungsbedürftige Lage großer Arbeiterschichten und auf die fruchtbare Tätigkeit der Gewerkschaften für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Wir sagten den indifferenten Klassengenossen, wie wirksam sich ihre Brüder in anderen Orten und in anderen Berufen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses bedient hätten, um sich einen höheren Anteil an den Lebensgütern zu erstreiten. Wie leicht war das: eine kleine Aufmachung der Ziffern über die Erfolge unserer Lohnbewegungen in den letzten Jahren — das war Agitationsmaterial genug! Genug, wenn man als dunklen Hintergrund für diese Darstellung die rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Ortes oder des Berufs verwenden konnte, dem unsere agitatorischen Bemühungen galten. Wie leicht und wie wirkungsvoll! Die Aussicht, für wenige Groschen wöchentlichen Verbandsbeitrag in nicht allzu langer Zeit eine Lohnerhöhung von drei oder mehr Mark pro Woche zu erlangen, brachte schließlich auch die Zagen und Trägen in die Organisation.

Nichts wirkt stärker als der Erfolg. Das haben wir besonders in den letzten Jahren erfahren. Die Hochkonjunktur ermöglichte uns in vielen Fällen ein herzhaftes Emporrücken der Lohngrenze, verschaffte uns sonstige Vorteile auf den verschiedensten Gebieten unserer Tätigkeit und lieferte uns damit den besten Resonanzboden für unsere Agitation. Unsere besonders starke Werbekraft in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges, die sowohl in der Zeit von 1896 bis 1900 wie von 1903 bis 1906 klar zutage tritt, ist also nicht auf irgendwelche geheimnisvolle psychologische Momente, sondern auf ganz reale Tatsachen zurückzuführen.

Wenn die Konjunktur umschlägt, so werden wir daher nicht mehr so erfolgreiche Lohnkämpfe führen können, und wenn diese wegfallen, so wird unsere Agitation an Werbekraft einbüßen müssen.

Wie steht es nun mit der Konjunktur? Unsere Wirtschaftshistoriker gehen in ihren Urteilen da auseinander. Während einigen der Himmel noch voller Geigen hängt, sehen andere schon deutliche Anzeichen des sicheren Niederganges. Im Baugewerbe ist dieser gar nicht zu verkennen. So hat zum Beispiel Berlin, trotz der großen Stöckung infolge des Kampfes, eine überaus flau Bau-tätigkeit. Auch in Hamburg ist sie gegen das Vorjahr merklich zurückgegangen — und das trotz großer Sanierungs- und Bahnprojekte! —, und aus Stettin, Königsberg und sogar aus dem Ruhrgebiet wird das gleiche gemeldet. Nun ist zwar das Baugewerbe besonders empfindlich für jede Störung, aber auch diesen Umstand mit eingerechnet, ergibt sich ein beträchtliches Manco in der Beschäftigung. Das wird sich natürlich auch bald auf andere Berufe übertragen.

Diese Erscheinungen dürfen die Gewerkschaften bei ihrer Taktik nicht unberücksichtigt lassen und ebensowenig bei ihrer Agitation. Selbst wenn während der Krise nicht auf bedeutende Neuerwerbungen zu rechnen sein wird, so müßten wir doch den Besitzstand voll aufrecht erhalten können. Aber auch das wird nicht immer sehr leicht sein. Mitglieder, die wir nur durch die Wahrnehmung ihrer materiellen Interessen gewonnen haben — und ihrer sind nicht wenige —, werden sich, wenn sie inzwischen nicht zu tieferer Einsicht in das Wesen der Gewerkschaftsbewegung gekommen sind, nicht mehr in dem Maße wie früher zur Organisation hingezogen fühlen, wenn wir infolge der Krise weniger Vorteile erkämpfen können. Ja, bei einer Krise, in der sich das Machtverhältnis zugunsten des Unternehmers verschiebt, ist die Mitgliedschaft in den Berufsvereinigungen sehr häufig statt mit materiellen Vorteilen mit empfindlichen Nachteilen verbunden. Darum brachte bisher jede wirtschaftliche Depression einen Stillstand und teilweise sogar einen Rückschritt in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften.

Soll dem erfolgreich entgegengewirkt werden, so bedarf es eben eines weniger leicht löslichen Bandes als des materiellen Interesses. Wir müssen mit unserer Agitation tiefer greifen und die neugewonnenen Mitglieder dadurch fester an uns ketten, daß wir bei ihnen die Einsicht von dem untrennbaren Zusammenhang aller proletarischen Interessen fördern, daß wir in ihnen das Klassenbewußtsein wecken und in ihnen den Willen entzünden, an der gemeinsamen Aufgabe der ganzen Arbeiterklasse mitzuarbeiten. Wollen wir das, so müssen wir sie lehren, die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation im Rahmen der ganzen Arbeiterbewegung zu erfassen.

Wohl hat die praktische Wirksamkeit der Gewerkschaften vornehmlich die Einwirkung auf den Arbeitslohn und auf den Arbeitsvertrag zum Zweck, aber diese Einwirkung vollzieht sich doch im Hinblick auf ein höheres Ziel. Die Lohnerhöhung und die Arbeitszeitverkürzung, so sehr wir sie auch im Tageskampf in den Vordergrund stellen, erhalten ihren größten Wert erst dadurch, daß sie zwingende Voraussetzungen für die volle Emanzipation der Arbeiterklasse sind. Aber die Emanzipation selbst sind sie nicht und können sie niemals werden, denn diese setzt das Verschwinden der kapitalistischen Ausbeutung voraus.

Das ist es, worauf es bei der Agitation ankommt: wir kommen, um dem indifferenten Arbeiter den Weg zur Erlösung aus Not und Schmach zu zeigen. Der erste Schritt dazu ist die Verbesserung der Existenzbedingungen mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation, die Vollendung aber ist das Aufhören der Ausbeutung. Fällt aber die Ausbeutung, so fällt die ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung. Darum muß der Kampf der Arbeiter ein

Kampf um den vollen Arbeitsertrag sein und sich daher in seinem Wesen gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung richten.

Dies haben wir bei unserer Agitation in den Vordergrund zu rücken und dabei die Aufgabe, die den Gewerkschaften in diesem Kampfe zufällt, zu präzisieren. Sie wird gekennzeichnet durch ihren positiv aufbauenden Charakter im Sinne der kommenden Gesellschaft.

Zunächst liegt sie auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages, auf dem sich die Gewerkschaften bemühen, sozialistische und demokratische Grundsätze durchzuführen. Im Tarifvertrag findet dies Streben seinen wenn auch vorerst noch unvollkommenen Ausdruck. An die Stelle der einseitig vom Unternehmer diktierten Arbeitsbedingungen treten solche, die auf demokratischer Grundlage vereinbart werden. Der Wille des einzelnen muß darauf verzichten, Gesetz zu werden, und muß sich dem Willen der Mehrheit nähern. Damit ist der Absolutismus auf einem Punkte zugunsten der Demokratie zurückgedrängt und seine Ueberwindung angebahnt. Und andererseits sind die vielen individuellen Arbeitsverträge durch einen genossenschaftlichen, korporativen Arbeitsvertrag ersetzt. So haben die Gewerkschaften auf einem wichtigen Gebiet die Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus durchzusetzen.

Die andere Aufgabe, die die Gewerkschaften im Hinblick auf die kommende Gesellschaft zu erfüllen haben, ist die materielle und geistige Hebung der Lohnarbeiter, eine Aufgabe, der sie durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerecht werden.

Dieser prinzipielle Charakter der Gewerkschaftsbewegung wird in Zukunft in unserer Agitation stärker hervortreten müssen. Damit soll kein Vorwurf gegen unsere Kollegen, die draußen im Lande die Agitation leiten und betreiben, ausgesprochen sein; denn es ist nur zu natürlich, daß man sich im schwierigen Terrain immer der Mittel bedient, die den schnellsten und sichersten Erfolg verbürgen. Aber da uns die wirtschaftliche Situation dieser Mittel beraubt hat, so ist es nötig, daß wir uns nach anderen umsehen, die, unberührt vom Auf und Ab der Konjunktur, Dauertwerte besitzen. Je mehr wir die Mitglieder, die zu uns kamen, um ihr Bedürfnis nach höherem Lohne zu befriedigen, davon überzeugen, daß die Lohnfrage nur ein Teil der ganzen Arbeiterfrage ist und nur mit ihr gelöst werden kann, um so mehr werden sie der Gewerkschaft treu bleiben, in guten und bösen Tagen; sie werden eben aus Lohnkämpfern Klassenkämpfern werden.

Dieser Umstand wird den freien Gewerkschaften die dauernde Ueberlegenheit über ihre Konkurrenz-Organisationen sichern. Das dürfte sich schon herausstellen, wenn die herannahende Krise in ihrer ganzen Schärfe wirkt. Wer die Gewerkschaften als bloße Lohnkampfbereine ansieht, wird große Mühe haben, deren Notwendigkeit zu beweisen, sobald sie sich gerade auf diesem Gebiet die allergrößte Nesterbe auferlegen müssen. Wohl wird ihre Aufgabe dann häufig darin bestehen, Verschlechterungen abzuwehren, sehr oft wird es sich aber darum handeln, den Abplitterungsversuchen der Unternehmer entgegenzutreten, wobei diese meistens den abtrünnigen Arbeitern irgendwelche besondere Vergünstigungen in Aussicht stellen werden. Der Arbeiter, dem seine Gewerkschaft stets nur als Lohnermäßigungsmaschine empfohlen ist, sagt sich dann, und von seinem Standpunkt mit einer gewissen Konsequenz: Vorher erheischte es mein Vorteil, der Gewerkschaft beizutreten, jetzt stehe ich mich besser, wenn ich mich von ihr wende. Wie sollte er auch anders handeln, wenn sein Gesichtskreis nicht weiter reicht? Wenn ihn stets gelehrt worden ist, nur das augenblickliche materielle Interesse zu seinem Leitstern zu machen? Die „christlichen“ und „nationalen“ Gewerkschaften sind da freilich in einer Zwangslage; denn was haben sie weiter, wofür sie ihre Mitglieder begeistern können — etwa die politischen Ziele des Freiheits oder des Zentrums? Oder die famose „Einordnung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft“? Dafür wird sich so leicht kein Arbeiter maßregeln lassen.

Ganz anders stehen darin die freien Gewerkschaften. Sie können ihren Mitgliedern sagen, daß ihr Kampf ein Kampf um die Menschwerdung der Arbeiterklasse ist; ein Kampf um der Menschheit höchste Ziele, der von jedem, der ihn mit führt, Opfer erheischt, ein Kampf, in dem unsere Lohnkämpfe nichts weiter sind als Episoden, als einzelne Schritte, deren viele getan werden müssen, um das Endziel, die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung, zu erreichen.

Darum wollen wir es nie unterlassen, unsere Organisationen mit der Urkraft des sozialistischen Kulturprinzips zu weihen und zu festigen. Und wenn wir, wie in dem letzten Jahre, um der rasch dahineilenden Hochkonjunktur zu folgen, uns keine Zeit dazu ließen, so wollen wir uns jetzt doppelt mühen, damit das Versäumte wieder eingebracht wird.

Kriegsschule im Verband.

Ein Vorschlag.

Es könnte uns nichts Schlimmeres passieren, als wenn über Nacht die Macht in unsere Hände fiel. v. Bollmar.

Diese Worte sind sehr zutreffend, für die große Masse aber unbegreiflich. Unbegreiflich für die letztere deshalb, weil sie glaubt, die Partei könnte oder müßte das bisher mit aller Fähigkeit in den Parlamenten vertretene Programm sofort zur Tatsache werden lassen. Zu einer solchen Ansicht kann nur derjenige gelangen, der mit den heutigen Verhältnissen wenig oder gar nicht vertraut ist. Die Arbeiterklasse ist nach meiner Meinung tatsächlich noch nicht reif (?), die Zügel des Staates in die Hände zu nehmen. Das geistige Niveau läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Die vornehmste Aufgabe der Partei sowie der Gewerkschaften ist es nun, das in der Breite vorhandene Maß auch in die Tiefe zu festigen. Die Anfänge hierzu sind ja schon gemacht. Parteivorstand sowie Generalkommission haben Institute eröffnet, in denen das so notwendige „Geistige“ verabreicht werden soll. Aber: die Partei mit 3¼ Mill. Stimmen, die Generalkommission mit beinahe zwei Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern haben einen Brunnen gegraben, der im höchsten Falle 100 Durstige stillt. Was soll das heißen bei einer solchen Unmasse von Arbeitern? Zwei ganze Männlein nehmen von unserm Verbands an dem jetzt beginnenden Unterrichts-

furs der Generalkommission teil. Herzlich wenig. Einen Vorwurf über der Zentralleitung oder der Generalkommission darüber zu machen, sind wir nicht berechtigt. Aber eins können wir, und das besteht darin, Vorschläge zu machen, auf welche Art und Weise wir diese Unterrichts-kurse vermehren und dadurch den Kreis der Teilnehmer zu erweitern suchen. Wenn ich auch in dem sonst so ver-rufenen Fichtelgebirge mein Domizil aufgeschlagen habe, so glaube ich doch, daß mein folgender Vorschlag nicht nach dem Schema: „Was kann vom Fichtelgebirge Gutes kommen,“ behandelt wird. Ich mache den Vorschlag, innerhalb unseres Verbandes eine Kriegsschule einzurichten. Als Leiter möchte ich den Redakteur ernannt wissen. Man wird vielleicht hier gleich einwenden, daß der Redakteur wohl zu den belastetsten Beamten im Bureau zählt, und daher als geistiger Leiter einer solchen Schule nicht in Frage kommen kann. Daß der Redakteur ein Laie ist, erkenne ich an, und weil ich das fühle, will ich ihn besonders entlasten. Ich wünschte, daß nämlich die Kollegen am Fachblatt mehr als bisher mitarbeiten. Der Redakteur hat dann nicht mehr notwendig, den Kollegen wegen der Mitarbeiterschaft die Pistole auf die Brust zu setzen.

Ich stelle mir also die Errichtung einer Gewerkschafts-schule im Steinarbeiterverband folgendermaßen vor. Im Steinarbeiter wird eine kleine Rubrik für die Schule eingeführt. In dieser Rubrik hat der Leiter das zu behandelnde Thema anzugeben. Den Teilnehmern soll anfangs drei Wochen Zeit zur Einreichung ihres schriftlich zu behandelnden Themas gelassen werden. Die Teilnehmerzahl soll zwar unbeschränkt sein; wünschenswert aber wäre es, wenn sich von jedem Gau mindestens drei Kollegen daran beteiligen würden. Es kämen also hier ungefähr 36 Kollegen in Frage. Da aber niemand vom Leiter dieser Schule verlangen kann, daß er immer 33 schriftliche Aufsätze auf einmal auf ihren Wert prüfen kann, so müßte die Sache nach Gauen geregelt werden. Die erste Woche Gauen 1-3, die zweite Woche Gauen 4-6 usw. Diese Vorschlag wäre somit mit der schon erwähnten dreiwöchigen Lieferzeit vereinbar. Die Rubrik im Steinarbeiter würde ungefähr so aussehen:

Gauen 1-3. Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Bei A. gut. N. in S. Das Thema als Haupt- und nicht als Nebenfrage behandeln. Im D. nicht zuviel Zahlenmaterial, es langweilt in Form eines Vortrags usw.

Das erste wäre die Aufgabe für die Kollegen der Gauen 1-3. Das weitere die Antwort auf die eingelaufenen Aufgaben. Das Papier wäre selbstverständlich nur auf einer Seite zu beschreiben, um bei aktuellen Themas zugleich Material für den Steinarbeiter zu liefern. Die Schüler wären aber außerdem noch verpflichtet, auf Anordnung des Leiters besondere Artikel für das Fachorgan zu schreiben. Das wäre wohl die eingangs erwähnte, und auch zum Nutzen der Kollegen wirksamste Entlastung des Redakteurs. Aber nicht nur zur Entlastung des Redakteurs soll dieser Vorschlag dienen, er soll auch den Zweck verfolgen, das Wissen der Kollegen zu bereichern, neue Kämpfer heranzuziehen.

Was bedeutet eine Zentral-, was eine Gauleitung, wenn nur sie, aber nur sie allein auf dem großen Schlachtfelde die geistigen Waffen zu führen imstande ist. Es kann hier vielleicht eingewendet werden, daß durch brieflichen Unterricht niemals tüchtige Kämpfer erzogen werden können. Das trifft aber nicht ganz zu. Denn sobald dem einzelnen die Aufgabe zuteil wird, über diese oder jene Frage Artikel zu schreiben, wird er auch ge-zwungen sein, Material zu sammeln, das Gedächtnis etwas mehr anzustrengen. Derjenige Kollege, der ein Thema schon schriftlich behandelt hat, wird auch viel eher in der Lage sein, über diese Materie zu reden. Wenn heute ein Kollege über einen Punkt sprechen will, muß er genau darüber informiert sein. Das Informieren aber kann sehr gut dadurch geschehen, daß man die Kollegen zur schriftlichen Behandlung einzelner Themas auffordert. Ist dann dieser briefliche Unterricht zur Zufriedenheit aller eingeführt, dann wäre ja noch darüber zu reden, ob es ohne besondere finanzielle Opfer nicht möglich wäre, diese Schüler irgendwo einmal zu versammeln und im Beisein einiger Vorstandsmitglieder die Schüler gehörig ins Kreuzfeuer zu nehmen, um dadurch die Brauchbarkeit des einzelnen wahrnehmen zu können.

So weit also mein Vorschlag, auf dessen Vollständigkeit ich nicht Anspruch erhebe. Ich werde mich vielmehr jederzeit eines Besseren belehren lassen. Es wäre selbstverständlich mein Wunsch, wenn sich über diese Frage im Steinarbeiter eine Diskussion entwickeln würde; daß von diesem die Mitglieder des Zentralvorstandes nicht ausgeschlossen sind, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Hoffentlich entschließt dem hier gelegten Ei ein Götchen. G. Sch.

Gewerkschaftliches.

Der Zimmererverband hat eine sehr schöne Entwicklung zu verzeichnen. Soeben wird im Zimmerer die Mitgliederstatistik publiziert. Wir entnehmen daraus folgendes:

Seit dem Jahre 1903 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des 2. Quartals:

1903	29 579
1904	37 212
1905	42 828
1906	50 811
1907	55 874

Auch das Finanzgebaren des Zimmererverbandes ist sehr interessant.

Der Vermögensausweis des Zentralverbandes stellt sich seit 1903 am Schlusse des 2. Quartals wie folgt:

Jahr	Bestände in den Zahlstellen		In den Zahlstellen verbundene Hauptkassengebilde		Bestand in der Hauptkasse		Summe	
	Mark	Schilling	Mark	Schilling	Mark	Schilling	Mark	Schilling
1903	172 722	65	22 127	67	200 328	39	395 178	71
1904	226 791	65	20 648	26	300 215	98	547 655	34
1905	298 275	15	33 271	38	368 950	76	700 497	28
1906	348 789	—	28 131	86	515 347	70	884 820	75
1907	394 305	48	40 913	89	648 752	25	1 088 971	57

Seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung zahlte die Verbandshauptkasse hierfür 298 178.25 Mark aus.

* Das wurde geschrieben, ehe noch der amerikanische Bruch in Erscheinung trat. (Die Red. des Steinarbeiter.)